

# Eübeder Volksbote

Organ für die Interessen der wertfälligen Bevölkerung

Der „Eübeder Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, sowie durch die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt bei der Lieferung durch die Austräger monatlich 4.50 M.

Redaktion und Geschäftsstelle:  
Johannisstraße Nr. 46  
Fernsprecher Nr. 926

Die Anzeigengebühr beträgt für die siebenzehnjährige Bestelle oder deren Raum 180 M. Verlagsanfragen, Arbeits- und Wohnungsangelegenheiten 150 M. Reklamen 500 M. — Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 10 Uhr vormittags, spätere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 57.

Mittwoch, den 9. März 1921.

28. Jahrgang.

## Der Bruch des Friedens.

### Die ungewisse Lage.

Nach dem Bekanntwerden des Scheiterns der Londoner Verhandlungen schrieb der „Vorwärts“ u. a.: Ein Aufatmen wird durch die Nationalisten aller Länder gehen. Ihr gefährlichster Feind, die Vernunft, hat eine empfindliche Schlappe erlitten. In Frankreich war der Nationalblock seit einiger Zeit sehr unruhig geworden. Jede neue Ertragswahl brachte einen immer deutlicheren Beweis des Mißkredits, in den diese Koalition aller Nationalen und Reaktionären bei den Massen geriet. In England wird die wankende Koalition ihre Anhänger in der neuen Atmosphäre wieder sammeln und die unbesiegbaren Unabwäglichen, Liberalen und Arbeiterpartei von neuem einschüchtern können. Die Zwangsmassnahmen seien der Gipfelpunkt wirtschaftspolitischer Impotenz und wirtschaftspolitischer Ratlosigkeit seitens der Alliierten.

Und in Deutschland beginnt eine Hochkonjunktur für Helfferich, Stinnes und Genossen. Wo bleibt aber die Reparation? Wir dachten, daß Frankreich dringend Geld braucht, und es erhöht nur seine militärischen Lasten um 100 Millionen. Es ist die weltgeschichtliche Tatsache vollzogen worden, daß der Versailler Friedensvertrag durch die Alliierten zerrissen worden ist.

Wie recht unser Zentralorgan mit seinem Hinweis auf die nationallistische Hochkonjunktur hatte, wird auch durch einen Bericht unseres Berliner Mitarbeiters bestätigt, dem wir folgendes entnehmen: „Noch ehe Simons heimischen Boden wieder betreten hat, beginnt sich ein konzentrischer Angriff gegen den Reichsaussenminister zu entwickeln. Seine Gegner sind nicht nur die Deutschnationalen, sondern noch viel mehr schwerkapitalistische Kreise, die ihm sein Entgegenkommen in London hart anrechnen. In den Kreisen der Sachverständigen herrscht große Mißstimmung darüber, daß das Kabinett und Simons weit über die Vorschläge der Sachverständigen hinausgegangen sind. Man darf sagen, daß Simons mindestens in der Deutschen „Volks“partei als erledigt gilt. Er selber wird zweifellos keine Neigung haben, nach dem schweren Mißerfolg in London sein dornenreiches Amt weiterzuführen.“

Ob die Krise sich auf den Wechsel im Ministerium des Auswärtigen beschränken wird, ist noch ungewiß. Es besteht mindestens die starke Möglichkeit, daß die gesamte Regierung Fehrenbach diese schweren Tage nicht übersteht. Wir weisen auf die Krisenmöglichkeit hin, ohne uns um die Frage, welche neuen Männer dann in die Regierung eintreten sollen, die Köpfe zu zerbrechen. Das ist im wesentlichen eine Aufgabe der jetzigen Koalitionsparteien. Unsere Partei sieht keinen Anlaß, die Regierung durch unsern Eintritt zu stärken. Wenn das Kabinett Fehrenbach fallen sollte, ist es den schwerindustriellen Kreisen in der Deutschen „Volks“partei erlegen.

### Die Maßnahmen der Entente.

Briand hat dem Reuterschen Bureau mitgeteilt, daß das neue Zollregime innerhalb der besetzten Gebiete am Donnerstag in Kraft treten werde.

Zur Orientierung unserer Leser wiederholen wir die im Ultimatum der Entente angeordneten sogenannten Sanktionen:

1. die Städte Duisburg, Ruhrort und Düsseldorf auf dem rechten Rheinufer zu besetzen;

2. von ihren Parlamenten Vollmachten zu erlangen, die von ihren Staatsangehörigen fordern, einen gewissen Anteil von allen Deutschland für deutsche Waren geschuldeten Zahlungen an ihre verschiedenen Regierungen abzuführen. Dies bezieht sich auf Waren, die in diesem Lande oder in einem andern alliierten Staat von Deutschland erworben werden;

3. a) die Beträge der Abgaben, die von den deutschen Zollämtern an den äußeren Grenzen der besetzten Gebiete erhoben werden, sind an die Reparationskommission zu zahlen;

b) diese Zölle sollen auch weiter nach dem deutschen Tarif erhoben werden;

c) am Rhein und an den Grenzen der Brückentöpfe, die von den alliierten Truppen besetzt sind, soll zeitweilig eine Reihe Zollstationen errichtet werden. Der auf dieser Linie für die Ein- und Ausfuhr von Gütern anzuwendende Tarif soll von der alliierten Rheinlandskommission in Uebereinstimmung mit den Beschlüssen der alliierten Regierungen festgesetzt werden.

Lloyd George erklärte, daß die zweite Sanktion folgende Bedeutung habe: Einen Prozentsatz vom Einkaufswert aller Güter, die

von den alliierten Ländern von Deutschland gekauft werden. Ein gewisser Anteil davon wird in die hiesige Staatskasse eingezahlt, der Rest wird mit der Quittung der Staatskasse über den eingezahlten Betrag an Deutschland übersandt werden.“

Sachverständige Männer bezweifeln, daß die Zollgrenze innerhalb weniger Tage wirksam gezogen werden kann. Von deutscher Seite ist schon seit einiger Zeit mit der Möglichkeit wirtschaftlicher Zwangsmassnahmen gerechnet worden. Daher hoffen wir, daß die alarmierenden Nachrichten, die jetzt schon als schwere Befürchtung für die Kohlenversorgung Süds- und Ostdeutschlands aufzutreten, unbegründet sind. Erfreulich ist die volle Einmütigkeit der Abgeordneten aus dem besetzten Gebiet, daß alles geschehen müsse, um in der Sorge um die bedrängten Gebiete gemeinsame Wege zu gehen. Die ungeheure Mehrheit des deutschen Volkes will von einer Politik nichts wissen, die neuen Kriegszustand mit der Entente herbeiführt. Die Ruhe, die Festigkeit und Entschlossenheit, mit der die neubesetzten Gebiete den Vormarsch aufgenommen haben, soll uns allen ein Beispiel sein.

### Die fremde Faust.

Das Oberkommando der alliierten Besatzungstruppen in Düsseldorf erließ eine Proklamation, die u. a. bestimmt: Der Belagerungszustand wird verhängt und darf unter keinen Umständen gestört werden; die deutschen Behörden und öffentlichen Dienststellen werden unter Kontrolle der Besatzungsbehörden ihren Dienst weiter versehen. Die Beamten bleiben auf dem Posten. Kein Streik wird geduldet. Jede Person muß ihre Identität nachweisen können. Jeder Auslauf, jede Kundgebung auf der Straße ist untersagt. Private und öffentliche Versammlungen dürfen nur mit Genehmigung des vom Oberbefehlshaber ernannten Ortsbelegierten stattfinden. Verkehr innerhalb der neubesetzten Zone nur bei Tage. Die Ein- und Ausreise in und aus den besetzten Zonen ist bis auf weiteres untersagt, ausgenommen für Arbeiter, welche auf ihrem Wege zur Arbeit täglich die Grenze überschreiten müssen. Beim Eisenbahnverkehr ist der Personenverkehr vorläufig untersagt. Arbeiterzüge und internationale Züge sind ausgenommen. Der Güterverkehr wird durch eine Verordnung der Verkehrs-Verpflegungs-Generaldirektion der Armee geregelt. Der Arbeiterverkehr über die Grenzlinie des besetzten Gebietes wird im Einverständnis mit dem Ortskommandanten durch die Ortsbelegierten so geregelt, daß die Arbeit unter keinen Umständen Not leidet. Zeitungen, Flugblätter, Flugschriften, Anschlagzettel usw. überhaupt sämtliche für das Publikum bestimmten Schriftstücke dürfen allein mit vorheriger Genehmigung der Ortsbelegierten verteilt oder angeschlagen werden. Post, Telephon- und Telegraphenverkehr sind der Kontrolle unterworfen. Weiter bestimmt die Verordnung, daß sämtliche Waffen und Munition innerhalb zwölf Stunden abgestellt werden müssen. Jede grobe Zuwiderhandlung gegen die Strafgesetze oder gegen diese Verordnung wird kriegsgerichtlich verfolgt.

Bei einer Besprechung der Besatzungsbehörden mit den städtischen und staatlichen Behörden erklärte der französische General, daß Düsseldorf vorzugsweise von Franzosen besetzt würde und englische und belgische Soldaten in geringerer Zahl teilnehmen. Man betrachtet die Besetzung nicht als einen militärischen Akt, sondern als einen Akt der Justiz. Im Laufe des Nachmittags sollte der Belagerungszustand verhängt werden. Der Oberkommandant der ganzen Besetzung ist General Degoutte.

### Weitere Besetzung rheinischer Städte.

Außer der Besetzung Düsseldorfs durch belgische Truppen ist auch Duisburg und Ruhrort besetzt worden. Die Bevölkerung verhält sich ruhig. Auf dem Rhein bei Düsseldorf sind vier englische Kanonenboote eingetroffen, die ihre Geschütze auf die Stadt gerichtet haben.

Belgische Truppen haben Dienstag vormittag 10 Uhr den Rhein mit mehreren Kompagnien Infanterie überschritten. An verschiedenen Stellen wurden von den Besatzungstruppen sofort Maschinengewehre aufgestellt. In einer Versammlung der freien Gewerkschaften lehnte die Arbeiterklasse die Anforderung der Kommunisten zum Generalstreik ab.

Die ersten englischen Truppen in Stärke von 600 Mann Kavallerie rückten Montag abend in Benrath ein. In Neuhof erschien ein General mit 40 Offizieren und 150 Mann. In Benrath kamen sechs französische Kavalleristen an, um für 600 Mann französischer Truppen Quartier zu schaffen. Wie „Welt“ Parisien mitteilt, wird die Besetzung von Düsseldorf, Ruhrort und Duisburg von 10 Bataillonen ausgeführt. — Die amerikanischen Truppen beteiligen sich nicht am Vormarsch.

### Der „Vorwärts“ gegen die belgischen Sozialisten.

Zu der Besetzung Düsseldorfs durch belgische Truppen auf Befehl der belgischen Regierung fragt der „Vorwärts“: Was sagen hierzu die belgischen Sozialisten, vor allem die vier Sozialisten, die Mitglieder der belgischen Koalitionsregierung

sind, von der Belge, Destree, Bouters, Insele? Seit Kriegsende legten wir uns bei ähnlichen Fragen, die die Haltung der belgischen Sozialisten betrafen, stets weitestgehende Zurückhaltung auf. Jetzt aber ist das Maß voll! Die belgischen Sozialisten protestieren mit keinem Worte gegen die Pariser Beschlüsse, von denen die belgischen Gewerkschaften anerkannt, daß sie das deutsche Proletariat zu einem Sklavenbaisin verurteilen. Um die Durchführung dieser Beschlüsse zu erzwingen, läßt das belgische Kabinett mit seinen vier sozialistischen Mitgliedern unter Durchbrechung des Friedensvertrages neue deutsche Städte besetzen. Auf der Wiener sozialistischen Konferenz wies der deutsche Unabhängige, Dr. Hilferding, um die zweite internationale zu discredittieren, auf das Verhalten der belgischen Sozialisten zu den Pariser Beschlüssen hin. So leid es uns tut, müssen wir sagen: „Hilferding hat durchaus recht!“

Uebrigens nennt auch die „Freiheit“ die Einführung der Sanktionen die Wiederaufnahme des Krieges mit wirtschaftlichen Mitteln. Dieser Krieg werde die deutschen Arbeiter noch tiefer herabdrücken, aber auch die Arbeiterklassen der Ententeländer würden vermehrtes Elend tragen müssen.

### Englische Drohungen.

„Daily Mail“ meldet, man habe Grund anzunehmen, daß jeder deutsche Versuch, die neue Zollgrenze zu vermeiden und den deutschen Handel über Rotterdam und andere Häfen zu leiten, durch eine Blockade verhindert werden würde.

### Eine Erklärung Lloyd Georges.

Lloyd George sagte im Unterhaus, er habe persönlich von dem nichts zurückzunehmen, was er kürzlich über Dr. Simons sagte, aber er habe zu der Schlussfolgerung kommen müssen, daß Dr. Simons nicht in der Lage sei, irgend einen Vorschlag zu unterbreiten, der von den Alliierten hätte angenommen werden können. Die neubesetzten Städte seien die Hauptzentralen eines äußerst wichtigen Industriebezirks. Lloyd George betonte sodann die Vorteile der wirtschaftlichen Zwangsmassnahmen an ihnen, die er bei weitem vorziehe. Das wäre die Einziehung von 50 v. H. des Preises der deutschen Waren, die in die interalliierten Länder exportiert würden. Das Parlament werde sich darüber noch auszusprechen haben, und die Neutralen würden davon unterrichtet werden, daß der springende Punkt für die Regelung des ganzen Verkehrs die Herrschaft der Waren sei. Die Neutralen wüßten dabei, woran sie sich zu halten hätten und dürften sich nicht darüber beklagen, daß man sie ungerade behandelt. Auch die Parlamente der britischen Kolonien würden zweifellos zu der Ueberzeugung gelangen, daß es am besten sei, sich dem Vorgehen Englands anzuschließen.

### Sie sollen bezahlen.

Ballandj Neuwisbureau meldet aus London: Das große Interesse und die Spannung, die die Konferenz hervorrief, hatte eine große Menschenmenge in sämtliche Straßen der Umgebung des Lancaster-Hauses geführt. Eine besonders für diesen Zweck abkommandierte Polizeibatterie wies die Menge zurück. General v. Seckl erregte einiges Aufsehen, da er zum erstenmal seit der Konferenz in Uniform erschien. Der deutschen Delegation folgte unmittelbar Briand und Lloyd George. Lloyd George wurden ungeheure Ovationen dargebracht. Die Menge durchbrach den Polizeidamm, drängte auf Lloyd George zu und rief ihm zu: Sie sollen bezahlen.

### Italien lehnt ab.

Im Ministerrat erklärte Giolitti, daß Italien im Falle der Inkraftsetzung von Gegenmassnahmen gegen Deutschland sich von jeder militärischen Aktion zurückhalten werde. Alle anwesenden Minister erklärten sich damit einverstanden.

### Die Botschafter nach Berlin berufen.

Die Botschafter in London und Paris und der Gesandte in Brüssel sind nach Berlin berufen worden.

Amlich wird bemerkt, daß nach Abbruch der Verhandlungen in London noch Sachverständigenberatungen stattgefunden hätten.

### Die Parteiführer beim Reichskanzler.

Am Dienstag vormittag erschienen auf Einladung die Parteiführer beim Reichskanzler. Die Besprechung galt hauptsächlich dem Verlauf der Reichstagsitzung. Fehrenbach teilte den Parteiführern den Inhalt der Erklärungen mit, die er später im Plenum abgab. In der Besprechung kam man überein, daß sich an die Erklärung keine Aussprache der Parteien knüpfen sollte und daß man für die große Debatte über die zunächst abgehaltene Londoner Konferenz die Rückkunft des Dr. Simons erwarten wolle, der im Auswärtigen Ausschuss einen Bericht über den Verlauf der Verhandlungen in London erhalten wird. Man nimmt an, daß diese große Aussprache über London am Freitag stattfinden wird.

# Deutscher Reichstag.

78. Sitzung.  
Berlin, den 8. März, 1 Uhr nachmittags.

## Eine Erklärung des Reichstanzlers.

Präsident Lübbe erteilt vor Eintritt in die Tagesordnung das Wort dem Reichstanzler Fehrenbach: Die Verhandlungen in London sind abgeschlossen, unsere Delegation ist auf der Rückreise. Ich bin der Meinung, daß in eine Erklärung der in London geführten Verhandlungen erst nach Rücksicht des Ministers Simons eingetreten werden kann. (Sehr richtig!) Aber zu einer Maßnahme, welche die Alliierten beschließen und in Wirkung gesetzt haben, ist schon jetzt der Augenblick, Stellung zu nehmen, nämlich zu den Sanktionen. Ich übersehe dieses Wort in das richtige Deutsch: Es sind Gewalttaten. (Sehr richtig!) Die ehrwürdigen Begriffe des Rechts haben damit nichts zu tun. Es gibt keinerlei Rechtsboden für die militärischen Maßnahmen, welche die Alliierten jetzt eingeleitet haben, um einseitig geforderte Leistungen von uns zu erzwingen. Dem Protest, den der deutsche Außenminister schon in London erhoben hat, schließt ich mich namens der Regierung und des deutschen Volkes an. Dieser Rechtsbruch wird durch juristische Verleumdungen nicht verhüllt oder gehehligt. Er erscheint um so schlimmer, wenn er gedeckt wird durch die Namen der Staatsmänner der kriegführenden Länder und wenn er sich richtet gegen ein Volk, dem man wirkliche Gegenwehr genommen hat. Es wird auch dadurch nicht gefindert, daß er drohend bereits angefündigt wurde, als die Entente ihre unmöglichen Forderungen und Beschüsse in Paris formulierte. Das haben wir zum wenigsten in diesen Wochen kennen gelernt, daß uns in den Pariser Beschlüssen etwas rein Unmögliches zugemutet wurde. Die vergangenen Wochen haben uns in der Ueberzeugung nur befestigen können, daß auf die von den Alliierten beliebte Art weder eine Regelung der europäischen Verhältnisse noch eine Liquidierung des Krieges möglich ist und wenn in dieser Weise fortgefahren wird, kann das Uebel nur vergrößert werden. Glauben wirklich die alliierten Staatsmänner, daß auf diese Weise eine geordnete Regelung der europäischen Verhältnisse herbeigeführt werden kann? Es ist unmöglich! Sie werden dadurch nur selbst weitere Verlegenheiten schaffen und man wird nach neuen Lösungen suchen müssen, die von der Art kontraktiver Unmöglichkeiten überleiten in die Tatsache menschlichen Kräfte möglichst wirksamkeiten. An Stelle der Gewalt muß treten der ehrliebe Wille, die Weltgemeinschaft des guten Willens. Wir sind bereit gewesen, zu unserem Teile die Weltgemeinschaft des guten Willens zu betätigen. Wir haben uns nicht geweigert, aus dem Verlust des Krieges die notwendigen Folgen auf uns zu nehmen. Wir sind uns völlig klar, daß wir beim Wiederaufbau der Welt die schwersten Lasten zu tragen haben. Wir haben uns auch redlich bemüht, unsere Gegner zu überzeugen von der Grenze unserer Leistungsfähigkeit. Jetzt haben wir zunächst den Tatsachen in die Augen zu sehen, die durch die Verwirklichung der Sanktionen für das deutsche Volk herbeigeführt sind. Es kommt für das deutsche Volk, das unendlich viel während und nach dem Kriege durchzumachen hatte, eine schwere Zeit. Jetzt gilt es die Höhe der Spannkraft, die Ausdehnung der Geduld und Treue zu beweisen. Ich habe dies Vertrauen zu dem deutschen Volk. Vor allem gedenken wir der Teile, die wir mit heißer Liebe umfassen, die zunächst von den Maßnahmen der Alliierten betroffen werden. Es ist herzerhebend anzusehen, welcher Geist in diesen beteiligten Gebieten herrscht, der Geist der Entschlossenheit und Ausdauer, alles auf sich zu nehmen, wenn es gilt, dem deutschen Vaterlande treu zu bleiben. Wir danken unseren Mitbürgern in den bedrohten Gebieten für dieses Zeugnis väterländischer Gesinnung und können ihnen versprechen, alles zu tun, was möglich ist, um ihre schwere Lage zu mildern. Noch ein Wort zur Schulddfrage. Minister Dr. Simons hat an die Geschichte appelliert. Ich glaube feststellen zu dürfen, daß das Urteil schon heute in der Richtung feststeht, daß die Wüfung der Schuld allein auf die deutschen Schulden nicht nur eine Verkennung, sondern geradezu eine Kränkung der Herren Jewolski, Poincare und gewisser englischer Staatsmänner bedeutet. Auch ich bin der Meinung, daß die Geschichte dieses Urteil abzugeben haben wird nicht nur über die Schuld am Kriege, sondern auch über das Diktat des Versailler Friedens. (Lebhafte Beifall.)

Der Abgeordnete Stresemann schlägt vor, zunächst keine Ausprüche vorzunehmen, sondern erst nach Rückkehr des Ministers Simons dem auswärtigen Ausschuss Gelegenheit zu einer Prüfungnahme mit dem Minister zu geben. Gegen den Widerspruch der Kommunisten und Unabhängigen wurde dem Antrag stattgegeben. Das Haus ging dann zur Tagesordnung über. Das Haus tritt in die Tagesordnung ein und erledigt zunächst

### Keine Anfragen.

Auf eine Anfrage des Abg. Keil (SD.) erklärt die Regierung, sie könne den angeforderten Bericht der Prüfungskommission des preussischen Kriegsministeriums über die Daimler Motoren-Gesellschaft noch nicht vorlegen, da das Strafverfahren noch nicht abgeschlossen sei. — Auf die Beschwerde des Abg. Dr. Barth (DVP.), daß trotz der Arbeitslosigkeit in der Spitzen- und Sticker-Industrie die Einfuhr von Schweizer Stickeren genehmigt war, erklärt die Regierung, daß ein grundsätzlicher Einfuhrverbot erlassen sei. Eine Ausnahme finde nur für die Einfuhr von Schweizer Stickeren statt, und zwar im Interesse eines anderen schweizer Industriezweiges der verarbeitenden Industrie, die zugleich diese Stickeren braucht.

Eine Anfrage von deutschem Jüder nach England (Anfrage des Abg. Dr. Levi (Komm.)) ist nicht erfolgt. Es handelt sich um Durchfahrtskarte, der in der englischen Handelsstatistik als Jüder aus Deutschland angeführt worden ist.

Auf Anfrage der Abg. Lawrenz (DVP.) und Döfler (SD.), was die Regierung zu tun gedenkt, um den vor den Franzosen aus dem Gefängnis befreiten Mörder des deutschen Botschafters Kupa, den Wolen Mrazik, vor dem ordentlichen Strafgericht zu urteilen, erklärt die Regierung, daß die internationalisierte Kommission einen besonderen Gerichtshof für Oberschlesien gebildet hat für die Verfolgung aller durch den Nationalitätenkampf hervorgerufenen Verbrechen. Diese Verurteilung hat die Reichsregierung seinerzeit nicht anerkannt. Aber selbst wenn sie rechtmäßig wäre, handelt es sich immerhin hier um ein gemeines Verbrechen, da der Täter aus Gemütskur behandelt hat. Der deutsche Bevollmächtigte in Oppeln ist wegen Befreiung des Mörders und der Befreiung der Akten nachträglich in der Kommission vorbestraft worden.

Es folgt die dritte Lesung des Gesetzes zur

### Entlassung der Gerichte.

Abg. Leutheuser (DVP.) bittet, das Gesetz nicht durch die Freinahme der weiblichen Schöffen und Geschworenen zu belassen.

Abg. Graefe (DVP.) schlägt sich dem an und meint, die Abminderung der zweiten Lesung habe nur eine Zufallsursache bekommen.

Abg. Frau Drensfield (Zit.): Für die Frauen ist es notwendig, auch in der Rechtspflege für die Gleichberechtigung der Frauen einzutreten.

Abg. Frau Lüders (Dem.): Von der Forderung der Zulassung zum Schöffen- und Geschworenamt gehen die Frauen nicht mehr ab.

Abg. Frau Pfülf (SD.): Wenn es auf die Rechte ankäme, hätten wir heute noch nicht einmal das politische Wahlrecht der Frauen, das von jener Seite immer noch als eine romantische Verirrung bezeichnet wird. Das Schamgefühl der Frauen wird nicht verletzt, wenn sie gegen schamlose Dinge in Gemeinschaft mit den Männern ankämpfen. Das ist eine ethische, aber keine moralische Bemerkung. Gerade die Frauen sind unbestechlich in Fragen der Gerechtigkeit und der Volksgesundheit. Durch die Vertretung in öffentlichen Einrichtungen wollen wir ein Verhältnis zwischen Männern und Frauen schaffen, durch das die Gesellschaft gefördert und die bringende notwendige Gesundung des Volkes herbeigeführt wird. Daher weicht meine Fraktion in diesen Fragen keinen Schritt zurück.

Reichsjustizminister Heinke erklärt: Politisch steht die Zulassung der Frauen zum Schöffenamt fest. Schon in wenigen Wochen werde er eine Vorlage einbringen, so daß die Zulassung zum nächsten Jahre erfolgen könne.

Abg. Frau Oheim (DVP.): Besser wäre es, wenn die Frauen auf die Männer erzieherisch einwirken würden. Damit würde der Würde des Hauses mehr gedient.

Abg. Rosenfeld (US.): Es scheint immer klarer, daß sämtliche bürgerliche Parteien das Frauenrecht einstweilen begraben wollen.

Inzwischen ist ein Antrag Rabruch (SD.) zur Entschließung Leutheuser eingegangen, der die Regierung ersucht, einen Gesetzentwurf vorzulegen, der den Frauen den allgemeinen Zugang zum Schöffen- und Geschworenamt regelt, während die Entschließung Leutheuser lediglich den Zugang öffnet.

Abg. Frau Siek (US.): Alles, was die bürgerlichen Parteien früher den Frauen versprochen haben, ist nicht gehalten worden. In anderen Ländern gibt es schon lange weibliche Geschworene.

Abg. Probauf (Dem.): Wir haben uns stets für die Zulassung der Frauen erklärt und wir bleiben auch fest dabei.

Abg. Frau Pfülf (SD.) beantragt eine Entschließung auf Abänderung des § 99 Absatz 2 der Reichsgewerbeordnung.

Damit schließt die Aussprache. Bei der Abstimmung wird der Antrag Leutheuser (DVP.) auf Streichung der in der zweiten Lesung beschlossenen Zulassung der Frauen zum Schöffen- und Geschworenamt in namentlicher Abstimmung mit 189 gegen 148 Stimmen bei 2 Stimmenthaltungen angenommen. Gegen den Antrag stimmen sämtliche sozialistische und vereinzelt demokratische Abgeordnete. In der GesamtAbstimmung wird das Gesetz gegen die Unabhängigen und Kommunisten angenommen. Ferner angenommen werden die Entschließungen auf Erweiterung des Güterverfahrens und die Entschließung Leutheuser (DVP.) mit der Erweiterung „die allgemeine Zulassung“.

Die zweite Beratung des Haushalts wird beim

### Reichshauptministerium

fortgesetzt.

Abg. Mahmann (SD.): Wir begrüßen den Abbau der Kriegsgesellschaften. Der Tätigkeit des Ministers stehen wir mit großem Mißtrauen gegenüber. Das Elektrizitätsgesetz ist eine Herausforderung der Freunde der Gemeinwirtschaft. Die ganze Verwaltung wird darin den kapitalistischen Kreisen eingeräumt. Herr Stinnes begnügt sich nicht mehr mit seiner Wirtschaftsprovins, Herr Stinnes braucht ein Königreich für seinen Latendrang und für die Unterdrückung seiner ungeliebten Völker. Auch das gemeinwirtschaftlich verwaltete Bochumer Elektrizitätswerk wird sich in kurzer Zeit dem großen Stinnes'schen Elektrizitätskonzern anschließen müssen. Durch die Entlohnung treten auch politische Schwierigkeiten ein; denn Wirtschaftskönige sind auch gewohnt außergewöhnliche politische Rechte zu beanspruchen. Das haben wir neulich bei der Schiffstaufe in Flensburg gesehen. Der Reichshauptminister hätte der Uebernahme jenes Elektrizitätswerkes durch Stinnes verhindern müssen. Wir können dem Handwerker einen recht goldenen Boden, aber große Reichsbetriebe dürfen zu seinen Gunsten nicht aufgelöst werden, das wäre ein Rückschritt. Den Technikern gebührt größere Berücksichtigung in der Verwaltung. Bei der Behandlung des Ruhrvertrages schien die Reichspresse dem Wiederaufbauminister zunächst den logenannten Antisemitismus verleihen zu wollen. Wir müssen es natürlich ablehnen, daß zwischen Betrügen differenziert wird, die mit Christen oder die mit Juden abgeschlossen werden. Durch die Behandlung des Falles von den Kerchhoff haben es die Herren von der Rechten vermerkt, hier als Sittenrichter aufzutreten. Die Firma Wagner, an der von den Kerchhoff interessiert ist, wollte anstatt Ruhr mit den Deutschen Werken ins Geschäft kommen. Es handelte sich um eine Art politisch-wirtschaftlicher Erpressung und Kerchhoff hat sein Mandat mißbraucht, wie ja überhaupt die Herren von rechts gerne die politische Pistole erheben, um wirtschaftliche Erfolge zu erzielen. Sie konnten es hinsichtlich der Deutschen Werke überhaupt zu einem solchen Panama kommen? Dunkle Mächte scheinen an der Arbeit gewesen zu sein, um durch die Zerstückelung der Deutschen Werke die Unmöglichkeit von Sozialisierungsversuchen zu beweisen. Wir verlangen ganz entschieden von der Regierung, daß sie alles tut, um eine Besserung der Lage der Deutschen Werke herbeizuführen. Die reichsgehegenen Betriebe müssen von Reich und Ländern durch genügend Aufträge unterstützt werden.

Damit schließt die Aussprache.

Der Titel Ministergehalt wird bewilligt sowie weitere Positionen. Das Haus vertagt sich sodann auf morgen mittag 1 Uhr.

(Interpellation Aderholt über die Kautschukindustrie und Fortsetzung der Staatsberatung.)

## Der Aufstand in Russland.

Aus Kiew meldet WB.: Die hier eintreffenden funktentelegraphischen Nachrichten aus Moskau lauten, wie gewöhnlich, optimistisch. Man glaubt in Moskau am Vorabend der Liquidation des Aufstandes Generals Koslewski zu sein. Die Moskauer Regierung beschloß am 6. März militärische Operationen gegen Kronstadt und die meuternde Flotte einzuleiten. Mit der Leitung der Operationen wurde Trojki beauftragt. In einem Befehl fordert er alle, die gegen das sozialistische Vaterland die Waffen erhoben haben, auf, die Waffen niederzulegen. Alle die sich dem Befehl widersetzen, seien zu entlassen und einzuliefern. Alle verhafteten Kommissare und andere Vertreter der Behörden seien unverzüglich in Freiheit zu setzen. Wer sich nicht bedingungslos ergibt, könne nicht auf die Gnade der Sowjetregierung rechnen.

Das Zentralkomitee der russischen kommunistischen Partei wendet sich in einem Aufruf an alle Parteiorganisationen und fordert diese auf zu außerordentlichen Maßnahmen, um die außerordentlich ernste Lage der Transportfrage zu beheben. Der Aufruf nennt den über die sowjetrussischen Eisenbahnen verhängten Kriegszustand eine notwendige Maßnahme, um die Propaganda für die Arbeitslosigkeit unter einem Teil der Transportarbeiter zu unterbinden, der politisch zurückfalle. Die außerordentlichen Maßnahmen seien besonders wegen der verheerenden Tätigkeit der Gegenrevolutionäre erforderlich. Das Zentralkomitee erinnert die für die Transportfront mobilisierten Arbeiter daran, daß die bisherigen Erfolge im Kampf gegen die Transportnot noch ganz unbedeutend seien.

## Heimattreue Oberschlesier!

Beim Betreten der ober-schlesischen Muttererde rufen wir Euch zu: Herzlich willkommen in der Heimat! Das Recht liegt. Wir dürfen geschlossen und vereint über unsere Zukunft entscheiden. Befolgt aufs peinlichste alle Anordnungen der Abstimmungsbehörde, die alle Maßnahmen für Ordnung und Sicherheit getroffen hat und vor aller Welt verbürgt. Was die öffentliche Ruhe und Ordnung stört, schadet der gerechten deutschen Sache. Unser einziges Kampfmittel ist die Stimmzettel. Mit dieser Waffe ertingen wir am 20. März den Sieg.

Kattowitz, den 8. März 1921.

Wahlzirkelkommissariat für Deutschland, Deutschnationale Volkspartei, Deutsche Volkspartei, Katholische Volkspartei (Zentrum), Deutsche Demokratische Partei, Sozialdemokratische Partei Deutschlands, Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund, Deutscher Gewerkschaftsbund, Verband der Deutschen Gewerkschaften (Hirsch-Dunker), Gewerkschaftsbund der Angestellten und ober-schlesischen Beamten.

## Politische Rundschau.

### Deutschland.

#### Zur Regierungskoalition in Preußen.

Die sozialdemokratische Landtagsfraktion nahm am Dienstag Stellung zu der Regierungsbildung in Preußen und beschloß einstimmig folgende Erklärung:

„Die sozialdemokratische Fraktion des preussischen Landtages ist bereit, die alte Regierungskoalition fortzusetzen und lehnt einmütig die Hinzuziehung der Deutschen „Volks“partei in die Regierung ab. Ebenso lehnt die sozialdemokratische Fraktion ab, irgendeine bürgerliche Minderheitsregierung zu unterstützen. Sie würde dies vielmehr mit aller sachlichen Schärfe bekämpfen müssen.“

#### Ausländische Sozialisten in Berlin.

Die französischen Gewerkschaftsführer Souhaire, Renaudel und der Chefredakteur der „Humanité“, Grumbach, sowie der Präsident der parlamentarischen Kommission der englischen Gewerkschaften, Boulton, sind in Begleitung des Sekretärs der Amsterdamer Internationale in Berlin eingetroffen. Sie haben die Arbeit, alle nach Oberschlesien zu reisen, um sich über die dortigen Verhältnisse und die Unparteilichkeit der internationalen Kommission in Oppeln zu unterrichten. Man scheint in den Entente-Ländern nicht den Wunsch zu haben, daß sich die Gewerkschaftsvertreter ein klares Bild über die Lage in Oberschlesien machen, denn bisher ist es den Genannten trotz ihrer ordnungsmäßigen Visse nicht gelungen, bei Le Rond die Einreiseerlaubnis zu erlangen. — Es kann wohl kaum zweifelhaft sein, daß die Anwesenheit auch in erster Linie Besprechungen betreffs der weltpolitischen Situation gesternd.

#### Militärischer Schwindel.

Die Nachricht aus dem Reichswehrministerium über die blutigen Zusammenstöße in Swinemünde erweist sich wieder einmal als ein Produkt jenes militärischen „Wahrheitsgefäßes“ von dem wir seit 1914 zahlreiche Proben erlebt haben. Das Reichswehrministerium stellt den Zusammenstoß als eine Reiberei zwischen Marineangehörigen und Zivilpersonen hin. Dagegen melden der „Totalanzeiger“ und das „Berliner Tageblatt“, daß es sich um einen Zusammenstoß zwischen Reichswehr und Marine gehandelt hat, bei dem die Reichswehr durch Zivilisten nur verstärkt war. Zwischen den Marinesoldaten und den Angehörigen der Küstenwehrabteilung hat es nach der Meldung der genannten Blätter schon seit längerer Zeit Reibereien gegeben, die mehrfach zu schweren Schlägereien geführt haben. Am Sonntag kam es nun zu schweren Zusammenstößen zwischen Angehörigen der Küstenabteilung und Zivilisten einerseits und Marinesoldaten andererseits. — Die Beteiligung der Küstenwehrabteilung ist also vom Reichswehrministerium in seiner Meldung glatt unterdrückt worden.

#### Der Unlod-Projekt.

Der so ungeheure Brutalitäten der Soldateska an den Tag brachte, ist vertagt worden. Es sollen weitere Zeugen herangezogen werden.

#### Sakentzueger-Erfolge.

Unsere Deutsch-völkischen entfalten seit einiger Zeit wieder eine rege Propaganda, durch die offenbar die Würde und das Ansehen unseres Landes im Ausland gehoben werden soll. Aber nicht nur das, auch die ganze Lage unseres Volkes soll sich, wenn man den Worten der Antisemiten Glauben schenken kann, durch ihre Tätigkeit bessern. Darum beschwerten sie eifrig alle Wände und Säune mit Sakentzuegeren, sprangen sie, wo es ihnen möglich ist, Arbeiterverammlungen und machen sie wie am Tage der Abreise der deutschen Delegation nach London in Berlin Judenprozesse. Diese letzten Erzeße der antisemitischen Studenten haben dazu geführt, daß einige einflussreiche Amerikaner bei den Quäkern beantragt haben, diese möchten ihre Studenten-Speisungen einstellen. Sicherlich werden sich die Quäker nicht zu dieser Maßnahme entschließen. Und das mit Recht. Denn jene Studenten, die diese antisemitischen Erzeße verursachen, sind durch die Bank schwache Korps-Studenten, die über so reiche väterliche Geldmittel verfügen, daß sie auf die Quäkerspeisung nicht angewiesen sind. Die Durchführung einer solchen Maßnahme würde höchstens die armen „Bettelstudenten“ treffen, die kaum Zeit zu solchen Födelereien haben, sondern froh sind, wenn sie recht viel Unterrichtsstunden geben und sonstige Nebenarbeiten verrichten können, um sich durchs Leben zu schlagen. Diese aber werden gerade aus dem oben erwähnten Antrage der Amerikaner ersehen, welche große Gefahr für sie ihre reichen und antisemitischen Kameraden sind und nichts unterlassen, um ihnen in jeder Zeit energisch entgegen zu treten, denn ihr Treiben schädigt nicht nur unser Land und Volk, sondern ist auch geeignet, den armen bedürftigen Studenten die so notwendige Bereicherung ihrer Wahlzeiten durch die Quäker-Speisung rückgängig zu machen.

#### Die Wahlen in Gotha.

So der ersten Mitteilung über die Wahlen zum Landtag ist ein Versehen unterlaufen. Die richtige Stimmenzahl ist folgende: Unabhängige 8367, Kommunisten 24797, Rechtssozialisten 4218, Heimatbund (Vereinigte bürgerliche Fraktionen) 41915.

#### Italien.

#### Die Unruhen.

„Tempo“ meldet aus Casal-Monferrato, daß dort Fasjisten eine große väterländische Rundgebung veranstalteten, die am Vormittag ohne Zwischenfall verlief. Am Nachmittag aber

wurde der Zug in der Nachbarschaft der Arbeiterkammer be-  
schlossen. (2) Die Faschinen erwiderten das Feuer und  
griffen ein Haus an, in dem sich Kommunisten befanden, die  
sich nach einigen Stunden ergeben mußten. Die Polizei ver-  
haftete 200 Personen. Bei dieser Gelegenheit wurden 4 Per-  
sonen getötet und 12 verwundet.

### England.

#### Wahlfrage der Arbeiterpartei.

Bei der Wahl in Kirkcaldy in Schottland wurde der  
Kandidat der Arbeiterpartei, Kennedy, mit 11674 Stimmen ge-  
wählt. Der Koalitionsliberale Lockhart erhielt 10899 Stim-  
men. Es ist dies die zweite Niederlage der Regierung innerhalb  
drei Tagen. Ingesamt hat die Regierungskoalition  
jetzt in den letzten Monaten 13 Sitze verloren.

Der „Daily Herald“ hat festgestellt, daß mit Unterstützung  
britischer Behörden gefälschte Nummern der Moskauer Zentr-  
al-„Pravda“ hergestellt und verbreitet worden sind. Die Re-  
gierung desavouiert natürlich diese Behörden.

## Freistaat Lübeck.

Mittwoch, 9 März.

**Achtung, Bürgerchaftsfraktion!** Freitag abend 7 Uhr Sitzung  
im Rathaus.

**Achtung, Delegierte des Ortsausschusses!** Auf die morgen  
abend im Gewerkschaftshaus stattfindende Sitzung des Ortsaus-  
schusses wird hiermit nochmals hingewiesen. Die Wichtigkeit der  
Tagesordnung erfordert das unbedingte Erscheinen aller Delegier-  
ten. Die Einbringung der ausgegebenen Fragebogen erfolgt sehr  
mangelhaft, wir bitten um umgehende Erledigung.

Der Vorstand.

**Zum Schmiedestreit.** Die Schmiedemeister scheinen in großer  
Verlegenheit zu sein. Jetzt haben sie uns ein Schreiben zugestellt,  
worin die Gesellen aufgefordert werden, bis Donnerstag, dem  
10. März, morgens 7 Uhr die Arbeit zu den alten  
Bedingungen wieder aufzunehmen, widrigenfalls die  
Entlassung erfolgt. Vor solch einem plumpen Mandat  
schraken die Gesellen nicht zurück. Die Meister müssen sich aber  
in großer Verlegenheit befinden, denn jetzt versuchen sie aus den  
Maschinenfabriken Schmiede zur Ausschilfe zu bekommen. Wenn  
einem Meister es nun auch gelungen ist, aus einer hiesigen Ma-  
schinenfabrik einen Gesellen zu bekommen, so hat diese Herrlichkeit  
nur eine Stunde gedauert, dank der Wachsamkeit unserer Kollegen.  
Darauf hat die Firma dem Meister einen Lehrling zur Ver-  
fügung gestellt, aber auch dieser mußte nach kurzer Zeit auf Ein-  
spruch der Kollegen die Arbeit wieder einstellen. Wir sehen hier,  
welche Schläge die Meister anwenden, um ihre Arbeit fertig zu  
bekommen. Wir fordern nochmals alle Arbeiter auf, Obacht zu  
geben, daß den Meistern durch solche Kniffe das Handwerk gelegt  
wird. — Bemerken wollen wir noch, daß Herr Regierungsrat  
Wülschneider in der vorigen Woche verhaftet hat, die beiden Par-  
teien zur Verhandlung zusammen zu bringen. Die Gesellen haben  
den Vorschlag angenommen, die Schmiede-Zunftung hat ihn ab-  
gelehnt. Der Kampf geht also weiter. Die Ortsverwaltung des  
Deutschen Metallarbeiterverbandes.

**Mittel für die Notstandsarbeiten.** Durch Rat- und Bürger-  
schaft vom 10. Mai 1920 ist der Baubehörde u. a. für die Abtra-  
gung eines Uferstreifens am linken Ufer des Teerhofsinselbüch-  
tes der Betrag von 330 000 Mk. aus Anleihemitteln zur Ver-  
fügung gestellt worden. Bei diesen Arbeiten sind seit Mai 1920  
durchschnittlich 70 bis 80 Mann beschäftigt worden, sodas die ver-  
fügbaren Mittel Anfang Oktober verbraucht waren. Um nicht ge-  
nügt zu sein, damals die Arbeiter zu entlassen, hat der Senat  
die Baubehörde angewiesen, die Arbeiten bis zum 1. November  
fortzusetzen und dann einzustellen. Hierdurch sind weitere Aus-  
gaben in Höhe von 107 697,97 Mk. entstanden. Die Baubehörde  
hat beantragt, ihr diese Summe nachzubilligen. Der Senat ist  
bereits dem Antrage zu entbrechen, und stellt zur Mitgenehmigung  
der Bürgerchaft: daß der Baubehörde für die weitere Abtragung  
eines Uferstreifens am linken Ufer des Teerhofsinselbüchtes  
der Betrag von 107 697,97 Mk. Rechnungsablage vorbehalten, aus  
Anleihemitteln zur Verfügung gestellt werde.

**Berufsberatung.** In den letzten Tagen erschienen in den  
Tageszeitungen Notizen über Berufsberatung, ausgehend von den  
verschiedenen Handlungsgesellschaften. Zur Vermeidung  
von Irrtümern sei hierüber mitgeteilt, daß die amtliche Berufs-  
beratungsstelle sich im Arbeitsamt, Untertrave 104, be-  
findet, und zwar für die männliche Jugend im Zimmer 10 und  
für Mädchen im Zimmer 23. Hier wird den Kandidaten un-  
parteiische Auskunft über alle Fragen, die mit der Berufsausbil-  
dung zusammenhängen, erteilt. Es ist, insbesondere bei der heu-  
tigen schwierigen Wirtschaftslage, dringend zu empfehlen, daß sich  
Eltern, wie Kinder der Berufsberatungsstelle beim Arbeitsamt  
bedienen. Mit der Berufsberatungsstelle ist auch eine Lehr-  
stellenvermittlung verbunden, die bemüht ist, geeignete  
Lehrstellen nachzuweisen. Für die männliche Jugend liegen noch  
zahlreiche offene Lehrstellen aller Art vor. Knaben, die noch keine  
Stelle haben, wollen sich daher baldmöglichst melden. Die Beschaffung  
von Lehrstellen für Mädchen ist bei der heutigen Arbeitsmarktlage  
schwieriger, doch ist die Beratungsstelle auch hier bemüht, den  
Wünschen Rechnung zu tragen.

**Kursus über Miet- und Wohnungsrecht.** Der 5. Abend brachte  
zunächst noch eine eingehende Aussprache über das Recht der  
Mietkündigung und die Richtlinien des Einigungsamtes. Es  
wurde besonders darauf hingewiesen, daß der Vermieter eine hö-  
here Miete nur unter Innehaltung der Kündigungsfrist fordern  
kann. Auch das Einigungsamt läßt eine erhöhte Miete grund-  
sätzlich nur vom nächsten Kündigungsstermin an zu. Bei Woh-  
nungen, die mit öffentlichen Mitteln seit Eintritt der Teuerung  
hergestellt sind, ist das Einigungsamt zur Mietfestsetzung nicht  
zuständig. — In dem sich anschließenden Referat wurde dann aus-  
geführt, daß dem Vermieter gegen den nicht zahlenden Mieter  
neben der gerichtlichen Klage 4 Prozent Verzugszinsen, eventuell  
Schadensersatz und ein Recht auf sofortige Kündigung (nach Zu-  
stimmung des Einigungsamtes) zustehen und zwar wenn der Mie-  
ter mit zwei aufeinanderfolgenden Mietraten ganz oder teilweise  
im Rückstand ist. Auch hatten dem Vermieter die einabzählenden  
Sachen des Mieters für alle Forderungen aus dem Mietvertrage.  
Die letzte Pflicht des Mieters besteht in der lauberen Mitlieferung  
der Wohnung nach Auszug und Rückgabe der Schlüssel. Die  
neuer Gesetzgebung über Maßnahmen gegen Wohnungsmangel  
hat auch dem Mieter eine Reihe öffentlicher Pflichten auferlegt.  
Auch er darf nicht ohne Erlaubnis der Baubehörde Gebäudeteile  
abbrechen oder in Geschäftsräume umwandeln. Wenn er Räume  
leer stehen läßt, muß er es dem Wohnungsamt anzeigen. Ent-  
behrliche Räume können ihm vom Einigungsamt beschlagnahmt  
werden. In der neuen Wohnungsordnung ist dem Mieter auch  
die Pflicht auferlegt worden, die Wohnung ordnungsgemäß zu  
reinigen, zu lüften und die Erzeugung von Feuchtigkeit oder eine  
Luftverschlechterung zu vermeiden. Die Innehaltung dieser  
Pflichten kann von der Wohnungsbehörde durch Strafen erzwungen  
werden. — Endlich wurde auf die Zuständigkeit des Einigungs-  
amtes als Schlichtungsstelle in Streitigkeiten hingewiesen.  
Hier hat das Einigungsamt zu entscheiden, wie die verfügbaren  
Beizstoffe über die Heizperiode zu verteilen sind, wie weit die  
Miete bei ungenügender Heizung zu mindern ist und welche Zu-  
schläge dem Vermieter zu zahlen sind, wenn er infolge einer  
nicht voraussehenden Teuerung unerkennbar hohe Auf-  
wendungen für Heizstoffe gehabt hat. — Der nächste Abend wird  
die Fragen der Untermiete und des Verkaufes eines Miethauses  
behandeln.

**Schwurgericht.** Am Dienstag hatte sich der Landgerichtssekretär  
W. wegen Unterschlagung amtlicher Gelder von rund  
2000 Mark zu verantworten. Die Verhandlung wurde zwecks  
Vernehmung weiterer Zeugen vertagt. Dann wurde gegen die  
Ehefrau F. aus Schwartau wegen Unterschlagung ver-  
handelt. Die Angeklagte hatte ihre Zunderverbrauchsbuch durch  
gefälscht, daß sie die Personenzahl vier in fünf umänderte. Da-  
durch bezog sie für eine Person Zunder mehr, als ihr zustand.  
Urteil: zwei Wochen Gefängnis.

**Freies Unterrichts- und Erziehungswesen.** Nachdem Dr. Krü-  
ger aus den großen Fragen der Gegenwart die Notwendigkeit einer  
Dreigliederung des sozialen Organismus abgeleitet hat, wird am  
Donnerstag, dem 10. März, 8 Uhr abends, im Grünen Saal Herr  
S. Lewski aus Stuttgart über das freie Unterrichts-  
und Erziehungswesen in seinem Verhältnis zu Staat  
und Wirtschaft sprechen. Der Vortrag ist nicht nur für  
Lehrer und Erzieher berechnet, sondern für alle, denen die Ent-  
wicklung unseres Geisteslebens am Herzen liegt. Auch die Ein-  
heitsschule ist ja keine Frage, die die Nachleute allein zu lösen  
haben, sondern die alle Eltern, das ganze Volk angeht. Darum  
würde es zu wünschen sein, wenn recht viele an dem Abend erscheinen  
würden.

**Künstlerfest.** Am Dienstag, dem 15. März, veranstalten die  
Mitglieder des Hansa-Theaters zum Besten ihrer Unterrichts-  
kasse ein Künstlerfest (Ball) in sämtlichen Räumen des Kolosseums.  
Das Fest soll als Abschluß der Winterveranstaltungen ein besonders  
Ereignis dieser Art werden und betitelt sich — „Opiumrausch“.  
Die Vorbereitungen sind bereits sehr sorgfältig getroffen, sodas  
mit dem Vorverkauf (siehe Inserat) schon heute begonnen wird.

**Stadttheater.** Mittwoch: Erstaufführung von „Byzanzion“.  
Donnerstag: „Lohengrin“ mit Herrn Walter als Telramund und  
Fr. Kehrbaas als Ortud; beide gastieren auf Engagement. Frei-  
tag: Erstaufführung von „Die lustigen Weiber von Windsor“. —  
In den Kammerspielen das reizende Lustspiel „Am Teufel“ von  
Sloboda.

**pb. Ermittelt und festgenommen wurde ein Schiffszimmer-  
mannslehrling, der auf seiner Lehrstelle den Schrank eines Neben-  
schlafs erbrochen und aus diesem 74 Mark gestohlen hatte. Für  
das gestohlene Geld hatte er sich einen Mastadenanzug gekauft,  
um damit einen Mastenball zu besuchen. — Festgenommen wurde  
ferner ein Händler von hier wegen Betruges. Der Festgenommene  
hatte sich von einem hiesigen Gürtler zwei Pferde gekauft und als  
Bezahlung einen Kuz eines Breslauer Hüftenwerkes abgegeben.  
Der Kuz war aber, wie sich bald herausstellte, fast völlig wertlos,  
denn derselbe stand im Kuzle von 350 Mk. Die Wertlosigkeit des  
Kuzes soll aber, wie die Feststellungen ergaben, dem Festgenomme-  
nen genau bekannt gewesen sein, womit die Bedingungen des Be-  
truges gegeben sind.**

**pb. Diebstahl.** Aus der Bodenkammer eines Hauses an der  
Wakenhauer ist in letzter Zeit ein vollständiges rotespreitendes  
Bett, ein Puppenwagen mit Puppe und ein grasgrüner Teppich  
von 6 x 6 Größe gestohlen worden.

## Angrenzende Gebiete.

**g. Storkelsdorf. Gemeinderatsitzung.** Der Sitzung  
am Freitag lag eine reichhaltige Tagesordnung vor. Von beson-  
dener Bedeutung waren die Anträge der hiesigen Erwerbslosen:  
1. Lieferung von Holz zu halben Preisen; 2. Gewährung eines ein-  
maligen Teuerungszuschlages von 300 Mk. für Verheiratete, 200  
Mk. für Ledige; 3. Sofortige Zurückzahlung der doppelt erhobe-  
nen Einkommensteuer; 4. Gewährung einer Beihilfe zur Kon-  
firmation; 5. Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung; 6. Ar-  
beitsbeschaffung. Zu Antrag 1 wird beschloffen, den Erwerbslosen  
das Holzgeld vorläufig zu stunden und ihren Antrag an die Re-  
gierung befürwortend weiterzugeben. Antrag 2: Die Arbeits-  
losen, die über vier Wochen erwerbslos sind, erhalten Gutscheine  
über Naturalkorn (Verheiratete 300 Mk., Ledige 200 Mk.), welche  
nur in der Gemeinde auszugeben sind. Antrag 3: wird abgelehnt.  
Antrag 4: Die Erwerbslosen, welche Konfirmation haben, er-  
halten sofort 200 Mark in bar. Der Antrag 5 wird abgelehnt,  
da sonst der Reichszuschlag wegfallen würde. Zu diesen Anträgen,  
die einen Kostenaufwand von ungefähr 14 200 Mk. erfordern,  
wurde von bürgerlicher Seite (Wen) zunächst erklärt, man würde  
ohne Kommissionsberatung, bei welcher für Deckung gelozt werden  
müsse, nichts bewilligen. Von unserer Fraktion wurde jedoch er-  
klärt, daß die Arbeitslosen unumgänglich länger warten könnten.  
Auch ohne vorherige Deckung müsse der dringenden Not sofort ge-  
steuert werden; denn was es bedeute, bei der heutigen Zeit  
arbeitslos zu sein, könne nur der ermesen, der solches am eigenen  
Leibe erfahren habe. Früher konnte ein Arbeitsloser noch beim  
Krämer usw. borgen. Heute verlange jeder Geschäftsmann sofor-  
tige Zahlung. G. Loe beantragte, den Uebereschuß vom Abbruch  
des Dörschen Grundstückes 16 900 Mk. (in eigener Regie von der  
Gemeinde auf Anraten unserer Genossen ausgeführt) für die Er-  
werbslosen zu verwenden. Dieser Antrag wird im Laufe der  
Debatte auf Wunsch des Herrn Gemeindevorsetzers zurückgezogen.  
Zu Antrag 6: Beschaffung von Arbeit, entspinnt sich eine lebhafte  
Debatte. Genosse Loe fragt an, wie weit die Enteignung des  
Dörschen Grundstückes zwecks Baues einer Straße gebilligt ist?  
Der Gemeindevorsetzer teilt mit, daß ein diesbezüglicher Antrag  
des Gemeinderats schon am 12. 2. an die Regierung gegangen sei.  
Bis jetzt sei keine Antwort eingetroffen. In der nun folgenden  
Debatte kam auch ein Vertreter der Erwerbslosen zu Worte. Man  
bedauerte das Verhalten der Regierung, es habe den Anschein,  
als wenn die hohe Regierung für den Süden der Provinz, beson-  
ders zur Beschaffung von Arbeitsgelegenheit wenig übrig habe.  
Es stand noch die Vorlage auf Besteuerung der Musikinstrumente  
in zweiter Lesung auf der Tagesordnung. Hierzu war von einigen  
Lehrern der Antrag gestellt: für Lehrer tritt keine Besteuerung  
ein. Der Antrag wurde von dem Mitgliede des Gemeinderats,  
Lehrer Westphal, begründet. Er führte u. a. an, ein Piano sei  
als Werkzeug des Lehrers zu betrachten und sei für den Musik-  
unterricht erteilenden Lehrer unentbehrlich. Der Antrag wurde  
abgelehnt, die Besteuerung der Musikinstrumente in zweiter Lesung  
beschlossen. Es wird weiter eine Anleihe von 50 000 Mk. für  
Elektrizitätswerte beschloffen.

**s. Cutin. Landesauschuß.** Am Dienstag wurde zu-  
nächst die vertrauliche Sitzung fortgesetzt und dann die Öffentlich-  
keit wiederhergestellt. Die Erhebung einer Viehsteuer nach oben-  
bürgerlichem Muster wird mit 14 gegen 9 Stimmen der Sozialdemo-  
kraten abgelehnt. Der Verein der Landwirte bittet um Ableh-  
nung der Hofrumlage. Der Antrag wird von der Regierung zur  
weiteren Veranlassung übergeben. Es folgt der Bericht der Kom-  
mission betr. Prüfung der Angestelltenverhältnisse beim Landes-  
verband in der Regierung. Der Regierungspräsident nimmt an  
den Verhandlungen teil, ebenso der Obersekretär Streckmann.  
Hier wird der bekannte Fall Dreistamp — Wehlschubungen an-  
eros — gründlich besprochen. Dreistamp ist entlassen, die Ange-  
legenheit liegt in den Händen des Staatsanwalts und wird gründ-  
lich geprüft. Die Verurteilung des Landes mit Brot wird durch die  
Unregelmäßigkeiten Dreistamps hauptsächlich in Frage gestellt. Für  
den Landesverband heißt es also jetzt nicht nur, den Schuldigen  
zu fassen, sondern Mittel und Wege zu finden, aus dem Dilemma  
der Wehlschubung herauszukommen. Der Gemeindevorstand  
Storkelsdorf beantragt: Abgabe von Brennholz zu halben  
Preisen an Erwerbslose, die vier Wochen erwerbslos sind. Der  
Antrag wird abgelehnt. Er wird morgen in neuer Form wieder-  
gelehrt.

**Hamburg. Große Spritdiebstähle aufgedeckt.**  
Durch einen Zufall ist es den Beamten der Oberinspektion Hafen  
und anderen Beamten gelungen, umfangreiche Spritdiebstähle  
zum Nachteil der Norddeutschen Spritwerke aufzudecken und zu-  
nächst vier Haupttätige, Diebe und Helfer, hinter Schloß und  
Riegel zu bringen. Es handelt sich um Behälter diebstähle von

Sprit. Die Untersuchungen werden weiter fortgesetzt und sind  
neue Verhaftungen zu erwarten.

**Hamburg.** Von einem farbigen Franzosen er-  
schossen. Am Dienstag hat in der letzten Nacht ein farbiger  
Franzose namens Dabafara, an Bord des französischen Schiffes  
„Kore“, den Zimmer Karl Brandt auf offener Straße ange-  
rempt und durch einen Bauchschuß getötet. Als er festgenom-  
men werden sollte, schoß er auf die Passanten und Polizeibeamten,  
verwundete sich hinter einem Baum und lud fortgesetzt seine Waffe.  
Er wurde schließlich durch drei Schüsse schwer verletzt und in das  
Hafenkrankenhaus gebracht.

**Hamburg.** Die Kaufmannswahlberechtigten brach-  
ten bei freigewerkschaftlichen Angelegenheiten einen  
guten Erfolg. Es erhielten Stimmen: Freigewerks-  
chaftler: Liste 3 2821, Liste 4 485, zusammen 3306; Deutsch-  
nationaler: Liste 1 3193, G. d. A. (58er usw.) Liste 2 3296. Es  
sind also insgesamt 9865 Stimmen abgegeben worden. Die Sitze  
verteilten sich wie folgt: Liste 1 10 Sitze, Liste 2 10 Sitze, Liste 3  
9 Sitze, Liste 4 1 Sitz. Bisher gehörten vier Freigewerkschaftler  
als Besitzer dem Kaufmannsgericht an. Die Wirtschaftsfriedlichen  
haben also auf Kosten der Freigewerkschaftler 6 Sitze verloren.

**Hendeburg. Waffenfunde.** Wie wir bereits mitteilten  
sind in der Kaserne von einer Kommission aus Berlin Waffen be-  
schlagnahmt worden. Es handelt sich um 18 Maschinengewehre  
und 1400 Gewehre.

**Schwern.** In dem politischen Beobachtungspro-  
jekt des Obersten Lange gegen den Redakteur der „Medien-  
burger Nachrichten“, Graf Moltke, der die Strafkammer des  
Landgerichts zu Schwern fünf Tage beschuldigte, wurde am Mont-  
tag nachmittag das Urteil gefällt. Die Berufung des Angeklagten  
wurde verworfen. Wegen zweier Beleidigungen des Obersten ist  
Graf Moltke zu 2000 Mk. (von dem Schöffengericht nur zu 100 Mk.)  
ausschließlich für je 15 Mk. einen Tag Haft, Tragung der Kosten  
und Publikation des Urteils durch die „Medl.Nachr.“ verurteilt.  
In der Begründung des Urteils heißt es wiederholt: Für den  
Beweis des Spindel-Systems kommen die Fälle nicht in Betracht,  
gemeine Denunziation ist nicht erwiesen, die Einrichtung eines  
Spindel-Systems konnte nicht erbracht werden. Der Eindruck der  
Verhandlungen war zunächst der, daß man es mit einer Organi-  
sation zu tun hat, die den Zweck verfolgt, Oberst Lange unter  
allen Umständen aus seiner Stellung als Leiter der Medienburgi-  
schen Sicherheitswehr zu entfernen. Ferner gewann der Zuhörer  
den Eindruck, daß Herr Oberst Lange nur seine Pflicht tat, wenn  
er den heutigen Landesgeschäftsführer der Orgesch,  
v. Welfen, und den Geschäftsführer der Orgesch,  
Bierthaler, und alle die andern Herren, die heute in sonsti-  
gen reaktionären Stellungen sich befinden, aus der Sicherheitswehr  
entfernte. Alle Entlassenen sind Freunde des Angeklagten. Und  
wer ist der Angeklagte Graf Moltke? Es ist derselbe Graf Moltke,  
der sich dem Hochverräter Wendhausen als Presse-  
chef zur Verfügung stellte, als alle Republikaner zur  
Verteidigung der Republik eilten. Dieser Graf Moltke macht sich  
bei der schweren Beleidigung schuldig, indem er den Obersten Lange  
als Hochverräter bezeichnet! Die Verteidigung hat das  
erdentlich Mögliche geleistet. Sogar der Vorsitzende konnte sich  
nicht enthalten, einmal die Art der Befragung durch Rechtsanwalt  
Dr. Wilttern-Lübeck mit dem Worte „Ausquetschen“ zu  
bezeichnen. Die Verteidigungsrede des Rechtsanwalts Dr. Wilt-  
tern nahm fast 4 Stunden in Anspruch. Der Redner verwehrlerte  
im Laufe seiner leidenschaftlichen Rede, die zuweilen einer Wahl-  
rede ähnlich nahe kam, den Gerichtssaal dermaßen mit  
einer Volksversammlung und rebete so eindringlich auf  
die Richter ein, daß der Vorsitzende ihn schließlich in seine  
Schranken verweisen mußte. Die Mühe war vergebens;  
die Strafe wurde von 100 Mk. auf 2000 Mk. erhöht.

## Neueste Nachrichten.

### Eine Proklamation der neuen Herrscher am Rhein.

II. Mainz, 9. März. General Degoutte, der Oberkomman-  
dierende der alliierten Besatzungstruppen hat in Düsseldorf, Duis-  
burg und Ruhrort folgende Proklamation anhängen lassen:

**An die Bevölkerung!** Die offizielle Vertreter der deutschen  
Regierung haben der Londoner Konferenz Vorschläge unterbreitet,  
die beweisen, daß die deutsche Regierung die Ver-  
pflichtungen nicht erfüllen will, die sie bei der Unter-  
zeichnung des Friedensvertrages eingegangen ist. Angesichts  
dieser Haltung sind die Alliierten gezwungen, zu Sanktionen  
überzugehen. Sie haben einstimmig beschloffen, neue Maßnahmen  
zu ergreifen, um die deutsche Regierung zur Ausführung der  
Bestimmungen des Friedensvertrages zu zwin-  
gen. Infolgedessen haben die alliierten Truppen den Befehl er-  
halten, Düsseldorf, Duisburg und Ruhrort als Pfand zu besetzen.  
Diese Besetzung bedeutet in keiner Weise ein feindseliges Akt  
gegenüber der Bevölkerung. Unter der Voraussetzung, daß die  
Maßnahmen streng beobachtet werden, die die Militärbehörden  
erlassen, wird das wirtschaftliche Leben der Gegend in keiner  
Weise beeinträchtigt werden. Die Arbeiterbevölkerung  
wird nicht nur jede Erleichterung erhalten zu arbeiten,  
sondern die alliierten Behörden sind auch bereit, ihnen zu helfen  
und insbesondere ihre Lebensmittellieferung zu  
sichern. Das alliierte Kommando hofft, in den neubesetzten  
Gebieten eine Arbeit der Freiheit und Ordnung einzuführen, so  
daß die Wohlfahrt des Landes sich weiter entwickeln kann.

### Der spanische Ministerpräsident Dato ermordet.

II. Madrid, 8. März. Gestern abend wurde der Minister-  
präsident Dato auf dem Wege vom Senat nach seiner Wohnung  
ermordet. Drei Individuen, welche sein Auto in einer Zollkette  
verfolgten, gaben 27 Revolverkugeln auf sein Auto ab.  
Der Führer des Autos verdoppelte die Geschwindigkeit, doch  
konnte bei der Ankunft nur der Tod des Ministerpräsidenten fest-  
gestellt werden.

### Die russische Gegenrevolution.

II. Helsinki, 9. März. Karl Lenin, Präsident des  
Exekutivkomitees von Petersburg, hat eine Proklamation er-  
lassen, in der er von den schweren Unruhen in Rußland  
in Petersburg ist der Belagerungszustand  
proklamiert worden. Auch in Moskau sind Unruhen ausge-  
brochen und dehnen sich weiter aus. In Tarnow haben sich die  
roten Truppen erhoben. In Petersburg haben gestern mor-  
gen Straßenkämpfe begonnen. Die Soldaten in Kron-  
stadt haben den Arbeitern Kanonen geschloffen, mit denen diese das  
Feuer auf die von den Sowjetbehörden herangeführten Bolschewiki  
eröffneten.

### Abreise der deutschen Vertreter aus London.

II. London, 9. März. Die deutschen Vertreter haben  
London gestern mittag mit einem Extrazug verlassen. Zwischen-  
fälle haben sich nicht ereignet. — Auch der deutsche Botschafter in  
London, Schames, ist nach Berlin abgereist.

### Die Vorbereitungen für die wirtschaftlichen Sanktionen.

II. London, 9. März. Die französische Regierung hat  
gestern abend nach den Beschlüssen der alliierten Kommission,  
Sanktionen, telegraphische Anweisung geschickt, um die wirtschaftlichen  
Sanktionen, Beschlagnahme der Güter an der deutschen Westgrenze  
und Errichtung einer Zollgrenze am Rhein vorzubereiten.

### Senegalesen sind von Marokko nach dem Rheinland abgegangen.

Der belgische Kriegsminister hat beschloffen, ein zweites  
Grenadierregiment nach dem Rhein zu senden, das wahrscheinlich  
heute abtransportiert wird.

# Theater und Musik.

Am 15. vollständigen Konzert des Vereins der Musikfreunde geben sich nur ausländische Komponisten ein Stellbilden. Von dem Russen Tschaiowsky wurde die pathetische Sinfonie gespielt; sein bedeutendstes und bekanntestes Werk. Wie die Musikgeschichte behauptet, soll Tschaiowsky die musikalische Dichtung in die Feder diktiert haben. Darauf soll es auch zurückzuführen sein, daß das Adagio, das sonst gemeinhin die Mitte der Sinfonien zu bilden pflegt, bei Tschaiowsky das Finale bildet. Etwas ganz ungewöhnlich ist dieser Schluss. Langsam verflücht die Tonstufen, bis schließlich der letzte dumpfe Ton fast lautlos verhallt und alles erstickt. Von harter Leuchtkraft ist besonders der zweite Satz (Allegro con gracia). Die Sinfonie ist echt russische nationale Musik. Karl M a n n s t a d t, der das Glöckchen spielte, die vier Sätze hingebungsvoll und ganz im Sinne jener Melancholie, die allen Werken dieses größten russischen Sinfonikers eigen ist. Der zweite Teil des Konzerts brachte Hoffmans bekannte Ouvertüre zu „Wilhelm Tell“, Rubinstein's spanisches Charakterstück „Loreador und Andaloufieri“, das wie ein jeder Vokal des Bizets „Carmen“ annahm, und sozusagen als Clou des Ganzen Liszts sinfonische Dichtung „Präludien“, die Tonkunst und Dichtung aufs innigste verknüpft. Liszts Musik, neben Tschaiowsky „Rachmátski“ wohl der stärkste Alttypus im Programm des Konzerts, fand durch Meisters Mannstädt und seine Musikerkolonne eine geradezu hinreißende Wiedergabe. Der Erfolg war denn auch sichtlich stark und der Beifall groß.

## Sprechsaal.

(Für den Inhalt dieser Rubrik übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keine Verantwortung.)

Auf das Eingekamte des Herrn Kunze erwidere ich, daß die Landwirtschaftskammer dem Verbands die Führung der Zuchtstätte des Verbandes übertragen hat. Als Mitglied des Verbandes für den Zuchtstättenausschusses habe ich seit 1919 an den Kationen der Zuchtstätte des Verbandes teilgenommen. Ich stelle fest, daß im Winter 1919 der Bod, der angeblich nicht vererbt, mangelhaft ernährt und weit überanstrengt war. Er ist an einer anderen Stelle wieder auf die Seine gebracht, hat gut abgebt und vererbt. Auch

der Erzhod, der voll seine Pflicht erfüllt hat, wurde im Frühjahr 1920 völlig abgemagert von Dummerdorf zurückgeliefert. Ein dritter in Rücken eingestellter Bod wurde frank angetroffen — die Ursache liegt an anderer Stelle — und dafür zwei Böde bei einem anderen Bodhalter untergebracht. Die Tiere haben gut vererbt. Die mangelhafte Pflege ist schuld gewesen, daß 1919 der Bod verlagte. Dem Urteil des Herrn Tierzuchtinspektors Topf stellen wir ein entgegengehetetes des Herrn Generalsekretärs Dr. Hanno-Hamburg entgegen. Herr Kunze fordert, daß der staatlichen Kommission ein „unparteiischer“ Staatsärzt beigesetzt werde. Diese Forderung erheben wir Ziegenzüchter gleichfalls. Der Lübecker Ziegenzüchterverein hat der staatlichen Kommission sein Vertrauen ausgesprochen. Die sieben Außenleiter, die Herr Kunze vertreibt, können in der Versammlung der Ziegenhalter ihre Interessen wahrnehmen. Franz Groth, Geschäftsführer des Ziegenzüchterverbandes für das Gebiet der freien und Hansestadt Lübeck.

U m e r k u n g d e r R e d a k t i o n : Wir haben nun beiden Parteien das Wort gegeben und damit sind für uns in dieser Angelegenheit die Akten geschlossen.

## Spiel, Sport und Körperpflege.

Serienkämpfe des Bez. Hamburg, 9. Kreis des Arbeiter-Viktorenklubs Deutschlands. Am Sonntag wurde die ausersehene 8. Mannschaft von VfL-Klub Atlas-Lübeck nach Elmshorn, um an der diesjährigen Bezirks- und Kreis-Meisterschaft teilzunehmen. A. K. Atlas stand bei dem letzten Kreisringwettkampf mit 15 Siegen und 4 Niederlagen mit an erster Stelle, somit werden auch in diesem Jahre für Lübeck sehr spannende Kämpfe bevorstehen.

## Eingegangene Druckschriften.

Deutsches illustriertes Sporttaschenbuch 1921 mit Rekordlisten und Fußballkalender. Von Sportlehrer W. Dörr. Grandschide Verlagshandlung, Stuttgart. Preis 5,20 Mk. Das Büchlein enthält eine Zusammenstellung der Weltrekorde und der deutschen Rekorde im Jahre 1920 und bringt im Bild die hervorragenden und bekanntesten Gestalten deutscher Sportsmeisterschaft. Ein Sportkalender, in den die deutschen Turn- und Sportsleistungen des Jahres 1921 eingetragen werden, macht das Büchlein jedem Sportsman wertvoll und fast unentbehrlich.

Von der „Neuen Zeit“ ist das 23. Heft vom 1. Band d. 38. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes heben wir hervor: Die preussische Landtagswahl und die Parteien. Von Heinrich Cunow. — Französische Finanzen und Finanzpolitik. Von Artur Heichen. — Neue Engels-Briefe. Zum fünfzigjährigen Stiftungstag der Sozialdemokratischen Partei Dänemarks. Von Peder Nørregaard (Kopenhagen). — Die Berliner Januarunruhen im Jahre 1919. Von Heinrich Cunow.

Die „Neue Zeit“ erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postanstalten und Kolporteurs zum Preis von 16,25 Mk. das Vierteljahr zu beziehen; jedoch kann dieselbe bei der Post nur für das Vierteljahr bestellt werden. Das einzelne Heft kostet 1,25 Mk. — Probenummern stehen jederzeit zur Verfügung.

Der Sprung im Bild. Lehrtafeln zur Hebung der Sprungtechnik. Von Sportlehrer W. Dörr. Preis 2,40 Mk. Grandschide Verlagshandlung, Stuttgart.

Der Lauf im Bild. Lehrtafeln zur Hebung der Lauftechnik. 1. Mittlere und lange Strecken. 2. Kurze Strecken und Hürden. Von Sportlehrer W. Dörr. Preis je 2,40 Mk. Grandschide Verlagshandlung, Stuttgart.

Im Verlage von J. S. B. Dieß Nachf. in Stuttgart ist soeben erschienen: Rasse und Judentum. Von Karl Rautsch. Zweite durchgesehene und vermehrte Auflage. Preis 8 Mark. Rautsch wendet sich in seiner Schrift ganz besonders gegen die Rasse-theorie in Verbindung mit dem Antisemitismus. Er schreibt darüber in seiner Vorrede: „Dringender als je ist es notwendig, die Propheten aller Länder zu zeigen, daß die kriegerischen Gegensätze der Staaten auf keinem unwiderstehlichen Faktor beruhen, weder auf dem natürlichen der Rasse, noch auf dem ökonomischen der wachsenden Imperien. Je mehr die Arbeiterschaft sich von Schlagworten abwendet, desto mehr wird sie erkennen, daß die heutigen Gegensätze der Staaten nur auf Gegensätzen kleiner Eliten beruhen, die mächtig sind bloß dadurch, daß die arbeitenden Massen sich von ihnen nachführen lassen.“

Verantwortlich für den politischen und allgemeinen Teil: Hermann Bauer.

Für die Rubrik „Freizeit in Lübeck“: August Schulz.

Für Inserate: Heinrich Steinberg. Verleger: Heinr. Steinberg. Druck: Friedr. Meyer & Co. Sämtlich in Lübeck.

## Thermidor

Joach. Beckmann  
Elisabeth Beckmann  
geb. Grot (14681)  
vermählt.  
Lübeck, Hamburger Str.  
Wir sagen allen für erwiesene Aufmerksamkeit, besonders dem Arbeiter-Gesangverein „Friede auf“ zu Wörsing für erwiesene Ehrung und dem Heimstättenbund unseren herzlichsten Dank. D. O.

Nachruf!  
Hierdurch die traurige Mitteilung, daß unser lieber Mitarbeiter  
Heinrich Brasch  
am 5. März durch Unglücksfall der Tod in den Wellen gefunden hat. (14684)  
Es werden sein Andenken in Ehren halten  
Die Fischer der Firma  
Greif, Travemünde.

Für sofort gesucht tüchtige nicht zu junge  
Verkäufertin  
für Manufakturwaren.  
Konsumverein,  
Gausstraße 160.

Für sofort erfahrene  
Stütze  
für kleinen Haushalt gegen guten Lohn gesucht.  
14672) Seiffstraße 17, 1.

Suche einen  
Schneidergehilfen  
für dauernde Arbeit.  
14683) Schocker,  
Neustadt (Holstein).

Gesucht 2. sof. e. möbl. Zimmer für 1g. Ehepaar.  
Ang. u. G & A. G. (14674)

1 Fahrrad z. verk. (14668)  
Kortwischstraße 32, II, 1.

3 v. gr. Bohnen 2 150.  
14675) Leichstr. 8a, I.

3 v. e. Kinderwagen.  
14679) Südfischstr. 20.

E. g. erh. Gasherd und  
Kochplatten z. verk. (14680)  
Siedlung Dornbreite 21.

Ullstein  
Schnitzmeister  
jetzt auch  
im  
Holstenhaus

Geschäfts-Verlegung.  
Johs. Prebst, Ehepaar  
jetzt Hundestr. 98. (14676)  
Reparaturen schnell und billig. Als Gelegenheitskauf gebe einige Herren- u. Damenmäntel billig ab, desgl. 1 Freischwing, altes Gold u. Silber, auch alte Uhren nehme in Zahlung.

Leder  
Lederausschnitt  
Ersatzartikel in haltbaren  
Fabrikaten  
Alle Schuhmacherartikel  
C. Grimm Nachf.,  
Lederhandlung u. Schäfte-  
fabrik. 14675

Vorwärts-  
Almanach  
für 1921  
mit zahlreichen Kupfer-  
druckabbildungen.  
Preis 4.— Mark.  
Buchhandlung  
Friedr. Meyer & Co.  
Johannisstraße 48.

## Leset die Arbeiter-Jugend

Jugend der Arbeiterschaft, raffe Dich aus Deiner Gleichgültigkeit auf, abonniere auf die Zeitschrift der Jugend! Sie vertritt Deine Interessen, bringt anregende Artikel aus allen Gebieten des Wissens und der Jugendbewegung, ist reich illustriert. Sie ist die größte und verbreitetste Jugendzeitschrift, erscheint zweimal monatlich, der Bezugspreis beträgt 3.— Mk. viertel, einzeln 60 Pf. Zu bestellen bei allen Postämtern, Partebuchhandlungen oder direkt beim Verlag, der

Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW.  
Lindenstraße 3.

Denk an die  
Brennpunkte für  
Oberschlesien

Allgemeiner Deutscher  
Bewerkschaftsbund.  
Ortsausschuß Lübeck.

Der  
Betriebsobmann  
im Kleinbetriebe.  
Von Rudolf Weck.  
Preis Mk. 2.50.  
Friedr. Meyer & Co.,

Berufsammlung  
aller Delegierten  
des Ortsausschusses  
am Donnerstag, dem 10. März  
abends 7 Uhr,  
im Gewerkschaftshaus.

Tagesordnung:  
1. Abrechnung vom Jahre 1920.  
2. Jahresbericht.  
3. Wahlen.  
4. Eingänge.  
Das unbedingte Erscheinen aller Delegierten ist notwendig.  
14689) Der Vorstand.

Anzugstoff.  
Friedensw. blau u. engl. bunt, umständl., sehr billig zu verkaufen. Off. u. A. F. an die Exped. d. Bl. (14680)

Metalle!!!  
Zahlen für alle Metalle.  
Gießen, Schmelzen, Schmelzen, die besten Preise am Platz.  
Erdmann & Schenermann,  
Glockengießerstr. 61.

Visitenkarten  
fertigt an  
Friedr. Meyer & Co.  
Johannisstraße 48.

Kolosseum.  
Dienstag, den 15. März, abends 8 Uhr:  
Opiumrausch

„Künstlerfest“  
veranstaltet von den Solommitgliedern des  
„Hansa-Theaters“

Vorverkauf: 10.— Mk. Zigarrengeschäft: Busse, Nagel, Röhrich und Hansa-Theater. Abendkasse 15.— Mk. (14671)

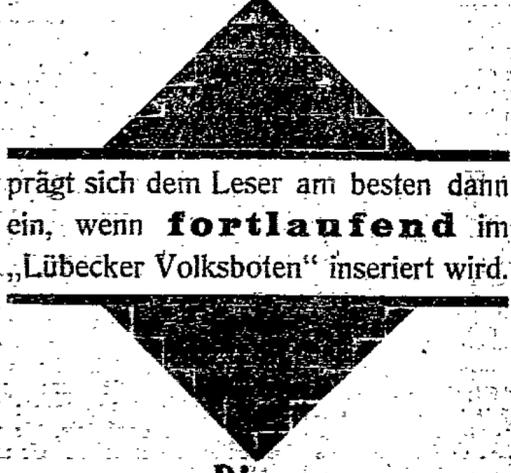
Jeden Donnerstag:  
Adlershorst. Ball

Elegante u. einfache Herren-, Schlaf-, Wohn- u. Speisezimmer, Kleinföbel u. Kücheneinrichtungen, Spezialität Körbmöbel Solide Arbeit. Billige Preise. Prompte Lieferung.

Möbelhaus de Buhr  
Lübeck, Fischstraße 21. (14666) Teleph. 3278. 2368.

Wir empfehlen zum Abonnement  
Die Neue Zeit  
Wochenschrift  
der Deutschen Sozialdemokratie  
Preis für das Heft M. 1.50  
Jeder Parteigenosse, der sich um die Entwicklung und Klärung der Parteiinteressen kümmert, sollte auch Leser der Neuen Zeit sein.  
Bestellungen werden von der Expedition dieses Blattes sowie von sämtlichen Kolporteurs entgegengenommen.

Der gute Name eines realen  
Geschäfts



prägt sich dem Leser am besten dann ein, wenn fortlaufend im „Lübecker Volksboten“ inseriert wird.

Diese  
Inserate haben durchschlagenden Erfolg!

Schlafstube-Einrichtungen 1975, 2450, 2975 bis 6400 Mk.  
Küchen, reiz. Neubauten. 675, 875, 1050, 1225 Mk.  
Schlamm, komplett, 8400—10000 Mk.  
Einzeln Betten, Sofas, Chaiselongues billig.  
Möbelhaus Heine  
14678) Penenau 8.

Pa. Ledersohlen  
aus Treibriemen-Abfälle empfiehlt billigst  
F. Brons  
Lachschstr. 11/12, 5a, 1.  
Sprechst. 466. (14668)

14677  
Fledermaus  
8.30 Uhr  
Original  
Althoff Quartett.

Hansa-Theater  
Heute 7 1/2 (Ab. Serie II)

Hollandweibchen.  
Donnerstag 7 1/2  
Gr. Jubiläumsvorstellung  
Zum 25. Male

Fräulein Puck.  
Sonab.: Paul Wegener-Gastspiel in (14670)  
„Kollege Crampton“

Stadttheater Lübeck  
Mittwoch. Buchst. A u. 15  
Vorstell. i. Schausp.-Abonn.  
Phaetion. 7.50.  
Donnerstag. Buchst. A u. 15.  
Vorst. i. Opern-Abonn.  
Lohengrin. 7 Uhr.  
Freitag. Buchst. B u. 15.  
Vorst. i. Opern-Abonn.  
Die lustigen Weiber von Windsor. 7.30. (14677)  
Sonabend. Buchst. A u. 15.  
Vorst. i. Opern-Abonn.  
Rigoletto. 7.30 Uhr.

Kammerspiele.  
(Fünfbauten)  
Donnerstag Freitag und  
Sonabend  
„Am Teufel“ 7.30 Uhr

Thermidor  
(14682)

## Belämpfung der Arbeitslosigkeit.

Der Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, der mit den maßgebenden Stellen im Reich in den letzten Wochen wiederholt über eine Abhilfe der großen Arbeitslosennot in Deutschland verhandelt hat, veröffentlicht die nachstehenden formulierten Forderungen, die er an die Reichsregierung gestellt hat. Der größte Teil dieser Forderungen war schon Gegenstand der erwähnten seitherigen Verhandlungen, deren Verlauf zu der Hoffnung berechtigt, daß sie nach Möglichkeit Berücksichtigung finden werden, weil auch die Regierung sich des Ernstes der Lage bewußt zu sein scheint. Das Schreiben des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes an die Reichsregierung, worin er seine Forderungen zusammengestellt nochmals unterbreitet hat, datiert vom 26. Februar und hat folgenden Wortlaut:

Die große und andauernd steigende Arbeitslosigkeit in Deutschland, deren zerstörende moralische und volkswirtschaftliche Folgen immer verhängnisvoller werden, erfordert dringend außerordentliche Maßnahmen. Der seitherige Weg, die Erwerbslosen durch Gewährung laufender Unterstützung aus öffentlichen Mitteln notdürftig über Wasser zu halten, kann wegen der völlig ungenügenden Höhe der Unterstützungen, die trotzdem in ihrer Gesamtsumme eine starke Belastung der Finanzen des Reiches und der Länder darstellen, nicht als Ausweg aus dieser unheilvollen Krise angesehen werden. Denn dieser Weg hat das Anwachsen der Arbeitslosenziffern nicht verhindert und auch die Arbeitslosen vor dem Verfallen in immer größeres Elend nicht bewahrt.

Mit Recht verlangen die Erwerbslosen Arbeit und ausreichenden Verdienst anstatt der Unterstützung, die auch bei weiterer Erhöhung doch immer unzureichend bleibt. Aber auch aus volkswirtschaftlichen Gründen ist es nicht zu rechtfertigen, noch länger an der unproduktiven Verwendung der großen Summen für Erwerbslosenunterstützung festzuhalten. Es muß vielmehr über den Rahmen der seitherigen Maßnahmen betreffend die sog. produktive Erwerbslosenfürsorge hinaus gefordert werden, daß möglichst für alle Arbeitslosen auf schnellstem Wege Arbeitsmöglichkeiten geschaffen werden. Da dies der privaten Initiative bisher nicht gelungen ist und auch in absehbarer Zeit nicht gelingen wird, ist ein sofortiges Eingreifen des Reiches, der Länder und der Gemeinden eine dringende Notwendigkeit.

Aus diesen Ermägungen erhebt der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund folgende

### Forderungen:

1. Sofortige Inangriffnahme öffentlicher Arbeiten in weitestem Umfang. In erster Linie sind die für die öffentlichen Verkehrsbetriebe erforderlichen Erneuerungsarbeiten ohne jeden Verzug in Auftrag zu geben. Die Mittel für weitere öffentliche Arbeiten sind schleunigst bereitzustellen.
2. Bei der Vergabe dieser Aufträge sind die von der größten Arbeitslosigkeit betroffenen Bezirke in erster Linie zu berücksichtigen. Den Unternehmern ist die Verpflichtung aufzuerlegen, entsprechend der Größe des jeweiligen Auftrages Arbeitslose einzustellen. Zu diesem Zweck ist, soweit dies technisch durchführbar ist, eine verkürzte Arbeitszeit einzuführen oder diese beizubehalten, soweit sie bereits besteht. Wo durch Schichtwechsel mit verkürzter Arbeitszeit die doppelte Arbeiterzahl beschäftigt werden kann, ist eine solche Bedingung bei Uebertragung öffentlicher Aufträge vorzuschreiben.

3. Soweit die vorhandenen Betriebe einzelner Industriezweige nicht ausreichen, bestimmte Arten der verfügbaren Aufträge allein auszuführen, ist zum Zweck der Unterbringung der Arbeitslosen ein entsprechender Teil dieser Aufträge an geeignete andere Betriebe zu vergeben. Nötigenfalls ist die Umstellung von Betrieben zur Herstellung dieser Arbeiten sofort zu veranlassen.
4. Alle Arbeitsaufträge der öffentlichen Verwaltungen des Reiches, der Länder und der Gemeinden sind als Staatsarbeiten zu erklären, bei denen der Unternehmergewinn auf ein den Verhältnissen angemessenes Höchstmaß zu begrenzen ist. Den Arbeitern sind, um Arbeitsstreitigkeiten möglichst zu vermeiden, die Tariflöbner sicherzustellen.
5. Zur Mitbestimmung bei der Regelung der Auftragsvergebung, soweit es sich um die in Ziffer 2-4 vorgesehenen Verpflichtungen handelt, sind Vertreter der Gewerkschaften zuzuziehen.
6. Wo es auf keinem anderen Wege möglich ist, den Arbeitslosen Beschäftigung zu verschaffen, ist zu verlangen, daß allgemein, also auch für private Aufträge, die Arbeitszeit der noch voll Beschäftigten verkürzt und nach Möglichkeit Schichtwechsel eingeführt wird. Die seither Vollbeschäftigten werden zu diesem Opfer an die gänzlich Arbeitslosen bereit sein, wenn die in Ziffer 7 folgende Forderung erfüllt wird.
7. Allen Kurzarbeitern ist der bei der verkürzten Arbeitszeit entstehende Lohnausfall zu zwei Dritteln von den Arbeitgebern zu ersetzen. Das Reich und die Länder übernehmen die Hälfte der den Arbeitgebern hieraus erwachsenden Kosten auf die Mittel der produktiven Erwerbslosenfürsorge. Diese Maßnahme kann aber nur eine vorübergehende und nicht von langer Dauer sein, sondern es muß mit Hinblick auf die Existenzmöglichkeit der Kurzarbeiter in der jetzigen teuren Zeit alles aufgewendet werden, um die Kurzarbeit baldigst wieder in Vollarbeit umzuwandeln.
8. Die Belebung des Baugewerbes durch Bereitstellung öffentlicher Mittel für den Wohnungsbau ist mit größerer Eile als bisher zu betreiben. Als Ziel aller Maßnahmen auf diesem Gebiete hat in erster Linie und noch vor der Bekämpfung der Wohnungsnot die Beseitigung der Arbeitslosigkeit zu gelten.
9. Für diejenigen Arbeitslosen, denen auch durch die Erfüllung vorstehender Forderungen keine Arbeit verschafft werden kann, ist eine weitgehende, den Teuerungsverhältnissen angemessene Erhöhung der laufenden Unterstützung zu beschließen, damit diese Arbeitslosen mit ihren Familien vor dem Verhungern geschützt werden. Zu dem gleichen Zweck ist die Schulpflicht für Kinder unbemittelter Eltern einzuführen und auszubauen.
10. Damit aus der Durchführung vorstehender Maßnahmen keine weitere Steigerung der Inflation eintritt, wird mit allem Nachdruck die sofortige Erhebung aller Besitzsteuern verlangt.

Der Vorstand  
des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes.  
Th. Leipart.

## Zu den Revolten in Rußland.

Die nicht nur um Petersburg, sondern auch an vielen anderen Orten des russischen Riesensreiches aufgeflackerten Revolten machen der Sowjet-Regierung das Leben außerordentlich schwer und den Kommunisten der ganzen Welt sehr viel Sorge. In den amtlichen Meldungen der russischen Regierung wird die Lebensmittel-

und Brennstoffkrise als die einzige Ursache der Unruhen angegeben. Wer aber etwas genauer über die „Diktatur des Proletariats“ in Rußland unterrichtet ist, der weiß, daß nicht allein der Hunger und die Kälte sondern auch die Sehnsucht der Arbeitermassen nach wirklicher Freiheit die Triebkräfte des Aufstandes sind. Es hat in Rußland nie eine Diktatur des Proletariats gegeben. Nach den sehr vorsichtigen Schätzungen von Kennern russischer Verhältnisse ist z. B. ein Zehntel der gesamten Bevölkerung in der kommunistischen Partei organisiert. Dieser Bruchteil nicht nur der Einwohnerschaft, sondern auch der Arbeiterschaft Rußlands hat im Oktober 1917 die Gewalt an sich gerissen und in bewundernswürdiger Weise im Kampfe gegen große Armeen gehauptet. Die aus diesen Kriegen geborene Gefahr für das Land, die Beseitigung der Soldaten gegenüber den anderen Bewohnern hat die Schaffung der Kiesenarmeen zustande gebracht und die wieder eingeführte Disziplin, die hinter der in der alten preussischen Armee nichts nachsteht, setzte diese Armeen in die Lage, erfolgreich Widerstand leisten zu können. Aber währenddessen erfolgte sich die wirtschaftliche Lage des Landes keineswegs. Die Berichte des Unabhängigen Dittmann und der aus Rußland wieder zurückgekehrten deutschen Arbeiter geben so ein graues Bild von dem Elend des ganzen russischen Volkes, daß sie nicht dazu beigetragen haben, die Begeisterung in Deutschland für den russischen Kommunismus zu heben. Dazu kam das Blutregiment, das die außerordentliche Kommission auftrichtete. Sie allein in Gemeinschaft mit dem Dreigestirn Lenin, Trocki und Sinowjew, waren es, die die Diktatur über das Proletariat ausübten. Jede leiseste Regung gegen ihre Herrschaft wurde sofort mit außerordentlich scharfen Mitteln bekämpft. Bekannt ist das Schicksal der Gewerkschaften der Buchdrucker, die es gewagt hat, gegen die offizielle Politik Opposition zu machen. Es gab Zeiten, in denen die außerordentliche Kommission Zehntausende von Menschen hingerichtet, ohne daß man diese einem Verhör unterzog, nur einfach besaß, weil sie sich nicht mit dem Befehlenden konnten, was in Rußland als Diktatur des Proletariats getrieben wurde. Unter diesen Umständen ist die jetzige blutige Revolte im Räte-Rußland zu begreifen und zu verstehen. Das Volk hat es endlich satt, sich dem Diktat einer Handvoll Leute zu beugen.

Die kommunistische Presse versucht natürlich die Bedeutung des Aufstandes möglichst als sehr klein hinzustellen und vor allen Dingen die Ursachen zu vermissen. In der „Roten Fahne“ hieß es, wie bereits gemeldet, daß vor allen Dingen die Heizmittelkrise den Aufstand verursacht hat. Daß diese aber wiederum nicht in einem Rückgang der Heizmittel-Produktion, sondern in dem wirtschaftlichen Wiederaufbau begründet ist. Das Blatt sagt:

„Die Heizmittelkrise, die den Kern der wirtschaftlichen Schwierigkeiten in Sowjet-Rußland bildet, ist nicht verursacht durch einen Rückgang der Heizmittel-Produktion — diese ist im Gegenteil gestiegen —, sondern durch den vermehrten Heizmittelbedarf der Industrie, die im Wiederaufbau begriffen ist. So unterscheidet sich die Krise Sowjet-Rußlands ein paar Punkte grundlegend von der Krise in den kapitalistischen Staaten, die in demselben Maße wie der kapitalistische Wiederaufbau fortschreitet und erst durch das Eingreifen des Proletariats gewendet werden kann.“

In Rußland nehmen also eingeständenermaßen mit dem angehenden Wiederaufbau der Industrie die wirtschaftlichen Schwierigkeiten zu. Dasselbe soll in den kapitalistischen Staaten nach der „Roten Fahne“ der Fall sein. Ein Unterschied der hier konstatiert werden soll, ist nach den Worten der „Roten Fahne“ absolut nicht zu entdecken. Wenn das Kommunistenblatt prophesiert, daß in den kapitalistischen Staaten das Elend nur durch das Eingreifen des Proletariats gewendet werden kann, so mag es recht haben, in Rußland scheint das im Augenblick schon zu bestehen.

## Der verurteilte Staatsanwalt.

Durch die Ueberfüllung der Zeitereignisse war es uns nicht möglich, am Montag mit der Bekanntgabe des Urteils im Kasseler Kommunistenprozess zugleich auch die Begründung mit abzubringen. Bei der Wichtigkeit der Sache holen wir es heute nach. Der Vorsitzende sagte:

## Franzi und Henni.

Geschichte zweier Wiener Kinder von Leopold Komperz.

80. Fortsetzung.

Mehrer der Volksfeele! Mehrer ihres Erkenntnisvermögens! Warum sollten wir Volkslehrer uns nicht den schönsten aller Titel beilegen dürfen?

Manchmal jedoch — warum gerade jetzt? — kann ich mich eines trübten Gedankens nicht erwehren. Es kommt mir nämlich vor, wir Volkslehrer und Volksbildner hätten gar kein Recht, einen so breiten Schatten von uns zu werfen. Es ist wahr, wir haben in der letzten Zeit so manche Provinz erobert, die uns früher nicht gehörte, haben so manches Stück unbeschautes Landes urbar gemacht, haben Karst und Pfingst über so manches steinige Feld geführt und Quellen bloßgelegt, die jetzt so lustig riefeln! Ist jetzt nicht die ganze Luft ringsum mit Wasserblüsen gleichsam erfüllt, die wieder, sobald sie aufsteigen, zu Tropfen werden, um auch anderes Erdreich zu erfrischen?

Aber haben wir nicht auch Provinzen unserer Volksfeele verloren? Provinzen, von denen es fast wie eine halberpessene Sage klingt, daß sie früher blühend und fruchtbar gewesen?

Ich denke dabei nicht an unsere „geistlichen“ Herrn, der mit großer Bestimmtheit behauptet: wir, das heißt unsere heutige Schule, hätte dem Volke mehr genommen, als gegeben, und wir sollten nicht so stolz tun. . . . Wollte er doch neulich gleichfalls den Satz aufstellen, im Grunde hätte die Menschheit nur wenig gewonnen, seitdem jetzt unerwachsene Schulmädchen an den Fingern den Beweis ab zählen können, daß die Erde „wie ein“ „verlorenner Weinbeider tagtäglich um ihre eigene Achse dreht“. . . . Dann kam er auf den Fall zurück, wie er von den Zeitungen gemeldet wird: Ein Sohn, ein junger Knabe, der keine eigene Mutter bestiehlt!

Die verlorenen Provinzen unseres Reiches gehen mir dabei nicht aus dem Sinn.

Ist vielleicht Franziska einer von diesen verlorenen Gebietsstellen, auf die wir Verzicht leisten müssen?

Die Schule tut so hoffnungsvoll. . . die Kirche aber hält sich in düsteren Grollen und Schmolzen. In dieser Gemütsstimmung erwirbt man aber keine neuen Provinzen. Sie ist mehr als jemals in Gefahr, den alten Bestand einzubüßen.

Sie sagt zwar: „Lasset die Kindlein zu mir kommen!“ Zu wem? Zu dem Manne, der von Todesängeln erfährt, in die Worte ausbricht: „Sie wissen nicht, was sie tun —?“ oder zu den Männern, in deren Munde sich jedes Wort zu einer in Ewigkeit dauernden Falschheit und Farnesruhm verkehrt? . . . .  
Heißt das auch: „Achtung des Reiches?“

6. Juli.

Es liegt etwas Schwülles, ich möchte sagen Unausgesprochenes in der Luft, die ich atme. Ich bin innerlich tief unruhig. Täusche ich mich? Gestern und vorgestern nach beendeter Schule sah ich wie die Mitschülerinnen Franziskas sich gegen das Mädchen benehmen. In geschlossenen Reihen gingen sie, die Köpfe zusammengelehnt, während hier und da bald das eine, bald das andere nach der einsam hinter ihnen einherstreichenden Franziska zurückblinnte, als gehöre sie nicht mehr zu ihnen.

Mühte ich da nicht auf die Vermutung kommen, der Zusammenhang zwischen jenem Neubauer Knaben, den das Gericht verhaftet hat, und ihrer Mitschülerin sei bereits unter sie gedrungen? Ohne daß ich ihre Gespräche belauschen kann, weiß ich doch: das dritte Wort darin gilt dem unglücklichen Kinde aus dem Hühnerhof-Durchhaufe, ist eine der vielen Mädchen des Reiches, das schon jetzt über das Haupt des Mädchens gemorfen ist. . . .

6. Juli.

Ich bin mit heute vollkommen klar. Der Hausmeister des Hühnerhof-Durchhaufes ist ein eifriger Zeitungsleser, von ihm ist die Notiz über den verhafteten Neubauer Knaben unter den „Parolen“ meines Hauses verbreitet worden. Ob mit oder ohne die Kombination, daß die stattgefunden Verhaftung mit einem seiner „Anwohner“ zusammenhänge, wer wollte das im ersten Augenblicke mathematisch sicher begründen? Das erweist sich wie ein Miasma in der Luft, unsichtbar, unmaßweisbar.

Heute weiß ich es. Die Kombination ist im Kopfe einer Frau entsprungen.

Gestern, der Abend war schon lange hereingebracht, sah ich auf meiner Stufe, mit der Durchsicht von Schularbeiten für den morgenden Tag beschäftigt. Da trat Frau Blüthenstern bei mir ein. Sie kam mit ihrem schweren Bunde von „alten Sachen“, die sie tagsüber in den Straßen der Stadt, in Kasse und Wirtshäusern an den Mann zu bringen sucht. Ihr Angesicht war gedübelt, und es standen schwere Schweißtropfen darauf. Sie wäre gekommen, sagte sie, um sich bei mir für die ihrem Kinde angetane Unbill, daß ich und die ganze Schule die kleine Leiche beargwöhnt, zu bedanken, denn es lebe kein Mensch in dem ganzen Bezirke, der Berl Blüthenstern nachsagen könnte, sie habe jemals die „Schuldigkeit“ unterlassen.

Ich sah und hörte es aber der guten Frau an: ihr Besuch hatte einen geheimen Vorwand, der sich erst allmählich enthüllte. Sie tat mehrmals, als wenn sie sich zum Fortgehen wenden wollte, und ging doch nicht; dabei hielt sie den schweren Bund immerfort in ihren Händen. Ich merkte etwas Male schien er ihr zu schwer geworden; sie legte ihn neben sich. „Jetzt erst war Ihre Junge gelöst.“ „Herr Lehrer!“ sagte sie, anfangs etwas schüchtern, fast verlegen, „was sagen Sie dazu, wie ich mich plage und abmartere? Sie müssen mir das ansehen, Herr Lehrer! Wenn denn einer ein

Augen dafür hat, dann sind Sie es. Ich darf gar nicht in einem Spiegel hineinsehen! Und warum sehe ich so aus? Warum erschrecke ich vor mir selber? Bei uns zu Hause in Böhmen hat man ein Sprichwort; das heißt: „Ich bin auch einmal auf dem Berge Sinai gestanden!“ Ich bin auch einmal jung und schön gewesen, und ich glaub, es war mir dort nicht bestimmt, daß ich einmal vom frühen Morgen bis zum späten Abend warten und mir die Zunge herausreden soll, bis daß mir einer ein Briefschloßchen abläuft oder ein Paar Hosensträger, woran ich nicht mehr verdienen als einige Kreuzer, die blutig genug sind. Weiß ich, ob es mir nicht auch bestimmt gewesen ist, daß ich goldene Strafflecken soll am Arm tragen und am Hals goldene Medaillons? Wozu wenn ich so am Abend nach Hause komme zu meinen Kindern und zu meinem Manne, er abgeholt und zerbrochen, ich abgeholt und müde zum Umfallen, und die Kinder sehen das. . . . Wollten sie dann nicht gut und moralisch werden? Denn die Moral, mein Herr Lehrer, lernen sie doch nur zu Hause.“

Ich lobte sie ihrer Erziehungsgrundsätze wegen, und dieses Lob schenkte ich besonders wohl zu tun. Sie blühte zu mir mit einem dankbaren Blicke auf, etwa wie ein verschämtes junges Mädchen, dem man etwas Schmeichelhaftes ins Gesicht gesagt hat. Dennoch konnte ich mit einer kleinen hohlsthaften Bemerkung nicht zurückbleiben, die sich mir unwillkürlich aufgedrängt hatte.

„Frau Blüthenstern“, sagte ich ihr, „Sie sprachen aber das erstmal ganz anders! Damals meinten Sie, die Kinder müßten erst in der Schule die Moral lernen! Haben Sie so gesprochen oder nicht?“

Sie aber entgegnete, ohne einen Augenblick aus ihrer Fassung zu geraten:

„Wie Sie sich so das alles merken, Herr Lehrer! Einen merkwürdigen Kopf haben Sie, da selbst das drin haften bleibt, was ein so dummes Weib wie ich Ihnen vorredet. . . . Aber auf meine Kinder, Herr Lehrer, und ihre Stimme, ihre Gabe, bis dahin so demütige Haltung nahm dabei einen Charakter von Selbstbemühen an, dem nur wenig zum Stolz fehlte, auf meine Kinder paßt das nicht! auf meine nicht. Die leben die Moral zu Hause vor sich!“

Dann ging sie zur Türe, wie um sich zu vergewissern, daß dieselbe fest geschlossen sei, worauf sie auf mich wieder zurück, Welch ein schauer und dabei zutraulicher Ausdruck in dem Gesichte dieser Frau!

„Herr Lehrer“, sagte sie mit gedämpfter Stimme, sie haben schon die Zustellung bekommen. Am nächsten Freitag werden sie sich stellen, müssen.“

„Von wem?“ fragte ich unsicher.  
„Von wem bekommt man eine Zustellung, Herr Lehrer?“ meinte sie dagegen, mich belehrend. „Natürlich vom Gerichte. Und das Gericht besteht aus einem Spieß.“  
Sonderbar, was folgt.

Ebenso wie jeder Angeklagte, der unschuldig beschuldigt ist, das Recht hat, freigesprochen zu werden, so haben auch der Staat und die Allgemeinheit ein Recht auf Verurteilung eines Schuldigen. Davon kann sich das Gericht nicht abbringen lassen durch Proteste und Anträge einzelner Parteien. Die Angaben der Angeklagten in der Hauptverhandlung stimmen mit der Wahrheit nicht überein. Das Gericht legt seinem Urteil das Urkundenmaterial und die Aussagen im Vorverfahren zugrunde. Das Gericht nimmt an, daß in Eilen eine Bezirksoberschleife bestanden hat, in Dornum und eine Unterbezirksoberschleife, und daß offenbar noch andere Bezirksstäbe bestanden haben, so auch in Düsseldorf. Die Leitungen standen anscheinend mit einer Zentrale in Berlin in Verbindung. Die Institution hatte den Zweck der Zerlegung der legalen militärischen Verbände und außerdem den Zweck der Zusammenfassung von Personen zu militärischen Zwecken. Die rote Armee war in Stücke zerlegt, deren einzelne Ausführenden aber noch fehlte. Das Gericht kann sich der Auffassung nicht anschließen, daß es sich bei dem Beschlagnahmen Material um Epikelmateriale handelt. Die bayerischen Einwohnerwehren bestehen mit Genehmigung der zuständigen Stellen, daher ist das Gesetz nicht andauernd durchbrochen worden. Der Staat hat auf den Schutz durch eine rote Armee in unabweisbarster Weise verzichtet. Die Bildung einer roten Armee war bislang nicht nötig, um die vermeintlichen Angriffe von rechts abzuwehren. Es gibt andere Mittel: Anrufung des Schutzes der Behörden, Vorlage des Materials, wenn daraus ein Angriff gegen das Proletariat hervorgeht. Das Schaffen von Armeen von rechts und links soll gerade vermieden werden, da daraus Bürgerkriege entstehen. Zum Begriff der roten Armee gehört der Angriff von Person zu Person, nicht von Klasse zu Klasse. Das Gericht hat den Angeklagten mit über die Umstände in weitestem Sinne zugebilligt. Sie haben nicht unehrenhaft gehandelt. Darum kommt Zuchthaus nicht in Betracht. Doch ihr Vorgehen war sehr gefährlich. Es ist nicht wahr, daß die Richter Angeklagten aus dem Arbeiterstande gegenüber kein Verständnis aufbringen. Der Richter ist genau so gut Arbeiter wie die Angeklagten, und wenn die Angeklagten den Begriff des Proletariats so auffassen, daß jeder, der weniger als ein Existenzminimum hat, Proletarier ist, dann ist der Beamte und Offizier ebenso Proletarier wie jeder Handarbeiter. Die Angeklagten haben persönlich einen ungünstigen Eindruck nicht gemacht. Aus der Ueberzeugung, daß sie Kommunisten sind, kann natürlich ein Grund zur Verurteilung des Urteils nicht angenommen werden.

Das Urteil, noch mehr aber die Urteilsbegründung, so schreibt der „Vorwärts“, bedeuten eine Verurteilung des Staatsanwalts des ehemaligen Kriegsgerichtsrats Dr. Meyer, wie sie schärfer kaum gedacht werden kann. Man sieht aus den Urteilsgründen deutlich, wie das Gericht sich die größte Mühe gibt, von der parteipolitischen und haßerfüllten Ausführenden dieses merkwürdigen Gerechtigkeitvertreterers so weit als möglich abzurücken. Wenn das Gericht auch einige der Angeklagten für schuldig erklärt, so hat es doch mit erfreulicher Energie abgelehnt, wie das Herr Staatsanwalt Meyer verlangte, die Angeklagten als politische Gegner zu ächten, sie als ehrlos zu erklären und sie ins Zuchthaus zu stecken. Mit anerkennenswerter Deutlichkeit sagt das Gericht, daß die Angeklagten nicht mit anderer Eile gemessen werden dürfen, weil sie Kommunisten sind. In der Rede des Staatsanwalts war das der immer wiederkehrende Refrain gewesen, daß die Angeklagten als Kommunisten außerhalb des deutschen Volkes ständen, daß sie als Kommunisten ehrlos seien, daß die ganze kommunistische Partei ehrlos sei und daß man ihr gegenüber das deutsche nationale Nachschwert handhaben müsse.

Es läßt sich darüber streiten, ob das gefällte Urteil in allen Punkten der Gerechtigkeit völlig entspricht. Gemessen an den Zuchthausanträgen des Staatsanwalts und seiner deutschen nationalen Anklage, liegt es sich mit seinen Gründen jedenfalls als ein Musterbeispiel der Objektivität. Das Gericht hat einige Angeklagte freigesprochen, andere verurteilt. Viel schärfer und wichtiger verurteilt aber als selbst diese ist — der Staatsanwalt Dr. Meyer! Hinans mit diesem Mann aus der Rechtspflege!

## Der Aulod-Prozess.

SK. Der Aulod-Prozess in Breslau entrollte ein Bild tierischer Rohheit. In den wenigen Tagen der Rapp-Herrschaft in Breslau haben Soldaten des Freikorps Aulod dort verhaftet, mißhandelt, geprügelt und ermordet, wer ihnen gerade unter die Finger kam. Die harmloseste Bemerkung genügte, damit diese Bestien geradezu chinesische Martern ausjannan und verübten. Wer irgend etwas besaß, was ihnen gefiel, sei es ein Fahrrad, oder ein Ring, wurde bewußtlos geprügelt oder erschlagen. Gelegentlich genügte zur Verhaftung schon, daß ihnen die Nase irgendeines ihrer Opfer mißfiel. Der Mann wurde festgenommen und beschuldigt, Offiziere ermordet zu haben und wenn er darauf hinwies, daß er zur Zeit des angeblichen Mordes ruhig auf seiner Arbeitsstelle gewesen sei, bekam unter wüsten Rahhandlungen die Antwort: „Mit dreißigen Juden verhandeln wir nicht.“ Die Begleitmusik machten Schläge mit Keilschlägen, Stöcken, Kolben und Handgranaten, und die Zeugen, welche im Aulod-Prozess auftraten, haben nach ihrer Mißhandlung durch die traurigen Felder des Rapp-Bußches wochenlang in Krankenhäusern zugebracht. Zum großen Teil sehen sie noch heute in ärztlicher Behandlung.

Man müßte glauben, daß in Breslau die Rappistischen Soldaten des Freikorps plötzlich von einer Wahnsinnsepidemie befallen waren, wenn man nicht aus anderen Beispielen wüßte, daß die militärische Gegenrevolution überall in der gleichen Weise wütet. Wo sie die Macht erlangt, hört jede Menschlichkeit auf, herrscht der weiße Schrecken in seiner brutalsten Gestalt, fällt die Menschheit ins finstere Mittelalter zurück. Vor dem Breslauer Gericht stehen ein paar Feldwebel, Unteroffiziere oder Soldaten. Die wahrhaft Schandigen sind die Offiziere, die nicht nur im Rapp-Bußch Hochverrat gegen die Republik und das Reich begangen hatten, sondern auch unter den Mannschaften absichtlich die wüßteste Pogromstimmung erzeugten. Die Mißhandlungen, Verhärtnungen und Morde haben den Offizieren fieberlich nicht unbedenkt geblieben, und es kann politisch ganz dahingestellt bleiben, ob die Gerichte die Offiziere nicht fassen könnten, weil sie außer ihrer niedrigen und gemeinen Gefühlsanregung auch noch feige waren, und andere vorzuziehen, oder ob die preußische Justiz wieder einmal verlagert hat, wie leider sie schon so oft verlagert, wenn es sich um die Strafverfolgung verbrecherischer Offiziere gehandelt hat.

Jedenfalls wird kein anständiger Mensch die Verhandlungen des Aulod-Prozesses lesen, ohne einen Senzger der Gesagten und darüber auszusprechen, daß die niedrige Gewalttätigkeit der Rapp-Offiziere keine Woche lang gedauert hat. Man mag noch so oft behaupten, daß die demokratische Republik im Herzen des

deutschen Volkes noch nicht fest verankert ist — in den Rapp-Tagen hat sie jedenfalls eine wunderbare Kraft entwickelt, den Anschlag der Offiziersverbrecher zu durchkreuzen. Der Aulod-Prozess ist aber ein Musterbeispiel, welche entsetzlichen Zustände und Mäie in den Ländern herrschen, in denen dauernd der weiße Schrecken regiert. So wütet in Ungarn die Reaktion, so wird dort geprügelt, gefoltert, gemordet von einer tollwütigen Soldateska, vor der keine Reinheit der politischen Absichten, keine sittliche Höhe schützt. Die Demokratie braucht den weißen Terror nicht zu fürchten; sie kann ihn jederzeit überwinden kraft des ihr innewohnenden sittlichen Prinzips. Wohl aber folgt der weiße Terror unabwendbar auf den roten Terror; ist ein General Horthy, sind Freikorpsführer wie Aulod, Ehrhardt, Röhne und Goltz, sind Pfeffer und Kockach die unermesslichen Nachfolger eines Bela Kun.

Kommunisten sind gedankenlose Menschen, Opfer verzweifelter Stimmungen, Betrüger oder Betrogene der Straße. Wenn die deutschen Kommunisten nach Gewalt schreien und zum hunderttausendstenmal proklamieren, daß nur durch Gewalt das Proletariat zur Herrschaft kommen könne, so vergessen sie, daß auf Gewalt die bewaffnete Gegenpartei sich viel besser versteht als die Masse der raffensichen Arbeiter. Nur in Rußland, wo gegen den Willen des ganzen Volkes der Krieg aus nach der Revolution noch fortgesetzt wurde, konnten die bewaffneten kriegsmüden Soldaten die Rätebiktur errichten. In Friedenszeiten wird Gewalt die Arbeiter niemals zur Herrschaft führen. Aber wenn durch irgendeine unvorstellbare Berettung der Umstände die Kommunisten in Deutschland durch Gewalt zur Herrschaft kämen, würden sie ganz gewiß keine sechs Wochen regieren. Ein brutaler General würde von der Entente oder den Polen als Statthalter in Berlin eingesetzt werden, und dann würde dauernd in ganz Deutschland ein geprügelt, gemartert und gemordet, wie fünf tagelang während des Rapp-Bußches in Breslau geprügelt, gemartert und gemordet worden ist. Daß die Kommunisten glauben, mit Gewalt siegen zu können, ist eine dumme Leichtfertigkeit. Daß sie vergessen, wie rasch sie durch Horthy abgelöst werden müßten, ist ihr ungeheuerliches Verbrechen am Proletariat. Kampf gegen die elchhafte Barbarei der Matrosenmörder, der Schlächter im Münchener Gesellen-Verein und der Aulodischen Nordbanden bedeutet Kampf für die demokratische Gerechtigkeit und Sittlichkeit. Zu diesem Kampf muß sich die ganze Arbeiterklasse zusammenschließen — das ist die politische Lehre des Breslauer Aulod-Prozesses.

## Verpflegung der Abstimmungs-berechtigten.

Um die Verpflegung der auswärtigen Abstimmungsberechtigten mit Lebensmitteln während ihres Aufenthaltes in Oberschlesien zu sichern, sind entsprechende Maßnahmen getroffen worden. Brot oder Mehl, Zucker und Fleisch werden nach folgenden Rationen ausgegeben: Mehl 200 Gramm oder Brot 280 Gramm pro Tag, Zucker 180 Gramm für 6 Tage, Fleisch 250 Gramm für 6 Tage. Andere Lebensmittel sind nicht rationiert. Es wurden aber Maßnahmen getroffen, um die notwendigen Mengen auf dem gewöhnlichen Wege des Handels bereitzustellen. Beim Eintreffen an dem Bahnhof oder auf der Grenzüberwachungsstelle, wo seine Wahlkarte abgestempelt wird, bekommt der Abstimmungs-berechtigte eine Lebensmittelkarte, die ihm zugleich mit der Wahlkarte ausgehändigt wird. Die Lebensmittelkarte wird auf der ersten Seite polnisch, auf der anderen deutsch gedruckt sein. Es wird im allgemeinen unmöglich sein, verlorene Lebensmittelkarten zu ersetzen. Auswärtige Abstimmungsberechtigte müssen also achtgeben, daß sie ihre Karte nicht verlieren.

## Die Frauenfeinde.

In den „Mitteilungen des Preussischen Richtervereins“ Nr. 6 vom 1. März 1921 (Berlin) ruft eine Frau Ruth von Koscielki-Ponoschau (nicht „Januscha“) zur Unterzeichnung einer Eingabe an den Reichstag gegen die Zulassung von Frauen zu den juristischen Berufen auf. In der Eingabe finden sich folgende Sätze:

Die beamtete juristische Laufbahn ist ein Gebiet, für das die Frau nicht geeignet ist. Ihr fehlen die hierfür erforderlichen Charaktereigenschaften, vor allem die strenge Sachlichkeit des Denkens und Urteilens. . . . Die Zulassung . . . würde eine wesentliche Verschlechterung unserer Rechtspflege bedeuten. (Geht denn das noch? Anm. d. Red.) . . . Da auch das Hauptkennzeichen dieser Neuverung, die Berechtigung für die Frau, hinfällt in öffentlichen Verfahren auch über den Mann zu Gericht sitzen zu dürfen, in die Richtung weiteren Niederganges unseres Volkes weist, so legen wir gegen eine solche Veränderung unserer bisher vorbildlichen Rechtspflege (vgl. Staatsanwalt Meyer! Anm. d. Red.) entschieden Verwahrung ein um.“

Die Veröffentlichung dieses Aufrufs durch den Vorstand des Preussischen Richtervereins beweist die Rückständigkeit und Verimpelung dieser reaktionären Kaste; im übrigen ist sie ein rührendes Zeichen für die Bescheidenheit dieser Damen, die allerdings den Fehler begehen, von ihrer offenbar recht geringen Begabung aus Trugschlüsse auf die Fähigkeit ihrer anderen Geschlechts-genossinnen zu ziehen!

## Aus der Partei.

Sozialdemokratischer Kulturtag. In der Woche vor Ostern (vom 23. bis 28. März 1921) veranstaltet die Sozialdemokratische Partei Deutschlands in Dresden eine Rundgebung großen Stiles, die den Kulturaufgaben der Partei gewidmet sein soll. Vorangesehen ist im Rahmen der Tagung ein sozialdemokratischer Lehretag, eine Reichskonferenz der Bezirksbildungs-ausschüsse der SPD, und eine Führersprache der Arbeiterjugendbewegung. Der sozialdemokratische Lehretag wird folgende Fragen behandeln:

- Die weltliche Gemeinheitschule (Redner: Prof. Radbruch, M. d. R., Kiel, und Landtagsabgeordneter Arzt, Dresden).
  - Die Pflegehaltung des Geschichtsunterrichts (Prof. Eudo Hartmann, Wien und der Lehrer Nikolaus Henningien, Hamburg).
  - Die Aufgaben der Sozialdemokratie (Staatssekretär Heinrich Schulz, Berlin).
  - Das Schulprogramm der Sozialdemokratischen Partei (Dr. Lohmann, Berlin, Geschäftsführer der Arbeitergemeinschaft Sozialdemokratischer Lehrer und Lehrerinnen Deutschlands).
- Daneben werden auf einer gemeinsamen Tagung der sozialdemokratischen Lehretage mit den Vertretern der Bildungs-ausschüsse über das Thema: „Die sozialistische Bildungsarbeit und Lehretage“ sprechen der Präsident der Hamburger Arbeiterjugendbewegung und der Geschäftsführer des Zentralbildungs-ausschusses der Sozialdemokratischen Partei A. Weimann, Berlin. Die Konferenzen der Vertreter der Bezirksbildungs-ausschüsse und der Arbeiterjugendbewegung sind mehr innerer Natur und werden sich mit den besonderen Fragen dieser Gebiete beschäftigen. Es ist die erste Rundgebung dieser Art, die die Sozialdemokratische

Partei Deutschlands veranstaltet. Eine Reihe namhafter sozialdemokratischer Kulturpolitiker und andere Persönlichkeiten haben bereits ihr Erscheinen zugesagt. Nähere Auskünfte werden erteilt durch das Dresdener Lokalkomitee (Adresse: Lehrer Da Schulze, Dresden-A., Warten Str. 18).

## Reich und Ausland.

Ein gigantischer Plan. In Leipzig hat sich eine Aktien-gesellschaft gebildet, die nichts Geringeres plant, als unmittelbar am Hauptbahnhof einen Riesenbau (Internationalen Zentralschulden-Palast) zu errichten, der nicht weniger als 20 Millionen Mark kosten würde. Dieser Bau soll 1000 Geschäftsläden, 1000 Büreauräume, 20 000 Hotel- und Zimmer, je zwei Büros, Konferenz-, Kino- und Festhallen, daneben noch Riesenhallen für Kraftwagen, Warenspeicher usw. enthalten. Die Baufläche soll 116 Meter breit und 280 Meter lang, also 32 500 Quadratmeter betragen. Der sogenannte Schwanzendeckel vom Neuen Theater bis zum Hauptbahnhof zwischen Georgiring und Goethestraße sich erstreckt, soll benutzt werden. Die Gebäude will die Aktiengesellschaft mit allem, wie es steht liegt, für insgesamt 30 Millionen Mark von der Stadt erwerben, damit aber zugleich die Erlaubnis erhalten, an dieser Stelle ein Riesenbau von zehn Stockwerken zu errichten. Man veranschlagt die Kosten dafür auf 1 000 Millionen Mark. Der Riesenbau würde mehr denn 60 Stüd der großen Leipziger Marktpaläste umfassen, mithin rund doppelt soviel als alle bisherigen Leipziger Marktpaläste zusammengekommen und ist mit seinen durch zahlreiche Rundgänge, ferner 120 Aufzüge und 30 Patentnoster zu einem einzigen Block verbundenen 30 Stüd zehnstöckigen Marktpaläste zweifellos das prächtigste, was je ausgedacht werden kann. Etwa 5000 Fernsprecher und rund 10 000 Haustelefone sollen alle Teilnehmer, sowohl untereinander als auch mit der gesamten Außenwelt verbinden. Neu wird hier zum ersten Mal eingerichtet, daß alle Kabelfestlegungen von sämtlichen Funktionen unmittelbar aufzufangen werden und daß der gesamte Güterverkehr nur unterirdisch, unmittelbar vom Hauptbahnhof über von dort bereits angelegten Untergrundbahnen befördert wird. Auch können mehr denn 200 Kraftwagen und sonstige Fuhrwerke in den Untergeschossen bequem zu gleicher Zeit untergebracht werden. Als besondere Neuheit sollen auf den rund 15 000 Quadratmetern Terrassenflächen in zehn Stockwerke äußerst komfortable Familien-, Licht-, Luft und Sonnenbäder mit Schwimmbassin und zahlreiche Baderinnen sowie allerlei Sport- und Spielplätze eingerichtet werden. Es könnten dann mehr als 20 000 Menschen hier äußerst angenehme Erholungstunden genießen.

Todesstrafe für ingetrene Beamte. Die immer mehr zunehmende Korruption in der polnischen Armee hat schon vor längerer Zeit die polnische Regierung veranlaßt, die Todesstrafe für im Dienst begangene große Diebstähle und Unterschlagungen einzuführen. Mit diesem rigorosen System sind offenbar gewisse Erfolge erzielt worden. In diesen Tagen ist nun auch zum ersten Mal ein Beamter der zivilen Behörden wegen Diebstahls von Staatsgut von dem Obergericht zum Tode verurteilt worden. Dem Verurteilten, ein fünfundsiebzigjähriger unterer Beamter, wurden umfangreiche Diebstähle von Kaktus und anderen Metallamenten im Gesamtwerte von rund einer Million Mark zur Last gelegt. Obgleich ihm nur ein Teil der Diebstähle nachgewiesen werden konnte, kam das Gericht zu dem Todesurteil, gegen das eine Berufungsmöglichkeit nicht besteht.

Die Witzableiter von Notre Dame gestohlen. Ein Diebstahl, wie er nicht alle Tage geschieht, ist aus Paris zu melden. Am Donnerstagabend, während der Karneval die Straßen von Paris mit fröhlichen Menschen erfüllte, haben Eindringler der Witzableiter der Kasse von Notre Dame gestohlen. Der Wert des Raubes ist nicht sehr bedeutend; die Kupferstangen und die Latintypen werden nicht mehr als zwanzigtausend Franken/Mark brachten. Aber die Art, wie die Diebsteher eingedrungen sind, ist ihr Werk ausgeführt haben, entbehrt nicht des romantischen Geistes. Sie haben die Tür des Südturmes geöffnet, die für den Aufstieg der Touristen gewöhnlich geschlossen und deshalb nicht genügend bewacht ist, und sind dann über 870 Stufen bis zur Plattform vorgezogen. Auf ihrem Wege mußten einige andere Worten erbrochen werden. Diese Arbeit ist mit großer Kunst ausgeführt worden, indem in diese Schloffer ein Goldmond gehohlet wurde, der die Öffnung ermöglichte. Dann wurden auf dem glatten und abkühligen Dach die Witzableiter abgenommen, in Stücke zerteilt und verpackt, während 68 Meter tiefer in den Straßen die Musik spielte und die frohen Menschen tanzten. Von den Dieben war bisher keine Spur zu finden.

Wenn die Liebe verfliegt. Nach den amtlichen Ausweisen der Statistik des Amtes von Tokio darf Japan die zweifelhafte Ehre für sich in Anspruch nehmen, den Weltrekord in Sachen der Ehescheidungen zu halten. Von 508 236 Ehen wurde 56 742 im Jahre 1919 geschieden, was einem Satz von 11,3 pro Milie entspricht. Die Bevölkerungsziffer Japans befindet sich in absteigender Linie, was man der hohen Lebensmittelpreiserung und der verhängnisvollen Wirkung, die die Inflation hier geübt hat, zuschreiben will. Im Durchschnitt betrug in früheren Jahren die Bevölkerungszunahme Japans im Jahre 800 000 Köpfe. Schon im Jahre 1918 sank diese Zahl auf 600 000, um im Jahre 1919 weiter bis auf 308 784 zurückzugehen.

## Handel und Industrie.

### Devisen-Kurse.

Hamburg, 8. März.

Amtliche Devisennotierung an der Hamburger Börse.

	8. März.	7. März.
Holland	100 fl.	2162 1/2
Kopenhagen	100 Kr.	1050
Stockholm	100 Kr.	1407 1/2
Kristiania	100 Kr.	992 1/2
Helsingfors	100 finn. Mk.	180
Schweiz	100 Frs.	1052 1/2
Wien (alt)	100 K.	—
do. (neu)	100 K.	18
Budapest	100 K.	15
Prag	100 K.	80 1/2
Spanien	100 Pesetas	875
London	1 £	245 1/4
Paris	100 Frs.	452
Belgien	100 Frs.	470
Italien	100 Lire	285
Bukarest	100 Lei	—
N. York telegr.	1 Doll.	62 1/2
do. briell. (Bz. od. Scheck)		62 1/2

## Schiffsverkehr im Lübecker Hafen.

Dampfer Segler. Schiffsname Kapitän Herkunftsort Fahrzeit Lage Stb.

	Angelommen am 8. März 1921.	
D.	Aranda	Kolmroos
D.	Aranda	Abd
D.	Aranda	Abd
Angelommen am 9. März 1921.		
D.	Derwin	Goole
D.	Doaot	Oeterien
D.		Kopenhagen

Druckerei des „Lübecker Volksboten“, Johannistr. 40.